

PAUL DIETRICH

DIE INTERNATIONALE DER TODFEINDE DER SOWJET-UNION

LEON
BLUM

VANDERVELDE



K. KAUTSKY

Interventionskrieg
gegen die
Sowjet-Union
und die
II. Internationale

OTTO BAUER

MACDONALD

P. R. Dietrich

Die Internationale der Todfeinde der UdSSR.



Interventionskrieg
gegen die Sowjetunion
und die
II. Internationale



1931

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG/BERLIN NW 6

Gibt es eine Interventionsgefahr?

„Wir sind bereit, den Krieg zu beginnen. Wir warten auf eine günstige internationale Situation und auf finanzielle Hilfe, die die Mächte uns geben werden, denen der Sturz der Bolschewiki erwünscht ist.“

Unsere Armee ist eine gut ausgebildete Armee. Wir sind bereit. Sobald sich in Rußland Erschütterungen zeigen, werden wir an den Grenzen erscheinen. Unsere Reihen sind in bezug auf Soldaten und Kader komplett.

Wir haben in Paris eine militärwissenschaftliche Hochschule. Wir haben zur Stunde mehr als 10 000 Mann in die Grundlagen der Kriegskunst eingeleitet.

Sobald Europa sich mit vereinten Kräften in den Kampf gegen den Kommunismus stürzt, werden wir an der Seite der anderen Armeen kämpfen.“

General Miller, der Führer der weißgardistischen Militärorganisation in Paris, in der englischen Zeitschrift „Sunday Retecor“ vom 4. Januar 1931.

Bauern, entfaltet die Sowjetunion eine noch nicht dagewesene Masseninitiative und einen beispiellosen Arbeitseнтуhusiasmus für die siegreiche Durchführung des Fünfjahresplanes in maximal kürzester Zeit. Und mit jedem Tage bricht sich unter den Millionen Geknechteter und Ausgebeuteter in den kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern die Erkenntnis mehr Bahn, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion der stärkste Verbündete des Weltproletariats in seinem Kampfe gegen den Weltkapitalismus ist.

Heute, nach vierzehn Jahren siegreicher proletarischer Diktatur, steht die Sowjetunion im Zeichen der Vervollendung des sozialistischen Fundaments ihrer Wirtschaft. Ein gewaltiger Sieg folgt dem andern. Die Durchführung und Vervollendung des Fünfjahresplanes in vier Jahren ist zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes geworden. Diesem weltgeschichtlichen Ereignis steht gegenüber die Tatsache der fortschreitenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die alles übertreibt, was seit dem Bestehen des Kapitalismus erlebt wurde. Diese entgegengesetzte Entwicklung: Der unaufhaltsame Niedergang der kapitalistischen Welt einerseits, — der stürmische sozialistische Aufstieg in der Sowjetunion andererseits, — stellt vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt mit aller Schärfe die Frage: Wer bleibt Sieger?

Soll der Sozialismus, der bereits auf einem Sechstel der Welt seine herrschaftliche Herrschaft angebeten hat, über den Weltkapitalismus triumphieren und der Arbeiterklasse Frieden, Freiheit und Brot bringen — oder soll es den Kapitalisten und ihren Werkzeugen gelingen, das Land des Sozialismus durch eine blutige

Die siegreiche große Oktoberrevolution des Jahres 1917 schuf das Fundament des ersten proletarischen Staates. In der Sowjetunion, die das siegreiche Banner von Hammer und Sichel über ein Sechstel des Erdballs entfaltet, stellte sich der Welt des untergehenden Kapitalismus die Welt des siegreichen sozialistischen Aufbaus gegenüber. Eine neue Etappe der Geschichte der Menschheit wurde eingeleitet.

Heute, nach vierzehn Jahren gewaltiger heroischer Kämpfe, in deren Verlauf die Arbeiterklasse der Sowjetunion unter der Führung der Partei Lenins nicht nur alle Anschläge der einheimischen Bourgeoisie, die den Bürgerkrieg entfesselte, und die bewaffneten Interventionsversuche der imperialistischen Mächte zurückgeschlagen, sondern in einem unerhörten Tempo den sozialistischen Aufbau in Angriff genommen hat, steht das Land der proletarischen Diktatur, die Sowjetunion, als ein unerschütterliches Bollwerk den Anstürmen der kapitalistischen Welt gegenüber. Fest verankert im Vertrauen der Millionen massen sowjetrußischer Arbeiter und

Die Internationale
der Totfeinde
der U.S.S.R.
gegen
die
Internationale
der U.S.S.R.

Alle Rechte,
insbesondere die des Nachdruckes
und der Radioverbreitung, vorbehalten.
Copyright 1931 by CARL HOYM NACHFOLGER,
Louis Cahabey, Hamburg-Berlin NW 6.
Für den Inhalt verantwortlich: P. R. Dietrich, Berlin.
Druck: City-Druckerei A. G., Berlin C 25,
Kleine Alexanderstraße 25.

1931
VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG-BERLIN NW 6

Intervention zu zerstören, die sowjetrussischen Arbeiter- und Bauernmassen wieder der Hagel der imperialistischen Mächte anzuliefern und den Kampfwillen der Arbeitermassen der ganzen Welt in einem neuen großen Blutbade zu ersticken?

Der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion würde — darüber wird sich das Weltproletariat mit jedem Tage klarer — nicht der Abschluß, sondern der Beginn der gesteigerten Generaloffensive des Kapitals gegen das Weltproletariat sein. Ein Sieg der imperialistischen Kaubstaaten über die Sowjetunion wäre die größte und folgenschwerste Niederlage, die dem Weltproletariat jemals beibracht werden könnte.

Die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist eine reale Tatsache die sich in ihrer ganzen ungeheuren Größe vor dem Proletariat erhebt. Ihre Ursachen liegen zu offenkundig zutage, als daß sie selbst durch die gerissene Rabulistik und Demagogie noch vertuscht und verwischt werden könnten.

Die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist deshalb so unmittelbar, weil die Krise, die die kapitalistische Wirtschaft erlitten hat, ein solches Ausmaß angenommen hat, daß der Zusammenbruch unvermeidbar erscheint. Alle bisherigen kapitalistischen Rezepte, wie auch die Quacksalbereien der reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialfaschistischen Ministersozialisten zur „Rettung der Wirtschaft“ haben den Niedergang der Produktion, den Rückgang der Arbeitslosen, unaufhörlicher Produktionsrückgang, Einschränkung der Absatzmärkte, Zusammenschmelzung der inneren Kaufkraft, Massenverelendung breiterer Volksschichten — alle diese greifbaren Erscheinungen der Wirtschaftskrise zwingen die internationale Bourgeoisie in immer stärkerem Maße, den Weg zu suchen, der nach ihrer Meinung der Ausweg aus der Krise ist; Das aber ist der Weg des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem Ziel, den sowjetrussischen Markt, der nach dem Siege der Oktoberrevolution der kapitalistischen Ausbeutung verschlossen wurde, wieder zurückzueröffnen und mit gleichem Schlag den Herd der heranreifenden Weltrevolution zu zerrüttern.

Die Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion ist deshalb so unmittelbar und so groß, weil durch den unmissamen Siegeszug des Sozialismus die Frage des Wettbewerbs der zwei Weltssysteme auf eine neue Weise gestellt wird. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß dieser Wettkampf mit dem Siege der proletarischen Diktatur, mit dem Siege des Sozialismus über den Weltkapitalismus enden wird.

Die internationale Bourgeoisie, die mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgt, hat erkannt, daß der Sieg des Fünfjahresplanes die Voraussetzungen für einen derartigen Aufschwung des Landes der proletarischen Diktatur schafft, daß er die Sowjetunion völlig unabhängig von der kapitalistischen Welt macht. Die Kapitalisten und mit ihnen ihre gefügigen Werkzeuge im Lager der II. Internationale wissen, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion eine unerschöpfliche Kraftquelle für den Kampf des Weltproletariats geworden ist.

Eine weitere Ursache für die drohende Gefahr des Interventionskrieges ist die innere Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, als unmittelbare Folge der Weltwirtschaftskrise. Unter den Schlägen der Krise verschärfen sich die Klassenkämpfe, entlattet der revolutionäre Aufschwung des Proletariats, der Kampf zwischen Arbeit und Kapital entbrennt auf immer heftigeren Fronten und in immer heftigeren Formen. Gewaltige Wirtschaftskämpfe, gesteigerter weltweiter Massenkampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, revolutionäre Kämpfe der Avantgarde des Proletariats gegen die bewaffneten Söldnertruppen des Kapitals rütteln unaufhörlich an dem bereits morschen Gerüste der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die durch die Folgen der

Agrarkrise völlig ausgeplünderten werktätigen Bauernmassen, breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz reihen sich in die Kampffront des klassenbewußten Proletariats ein, scharren sich um die Banner der kommunistischen Parteien.

Diese Entwicklung, die in einer Reihe von Ländern bereits das Heranreifen aller Elemente einer revolutionären Krise aufzeigt, ist neben der siegreichen Existenz der Sowjetunion die stärkste Triebkraft für die Interventionspläne des Weltimperialismus.

Jahrelang hat die internationale Bourgeoisie sich der Hoffnung hingeeben, daß das Sowjetregime zusammenbrechen oder wenigstens zu einer Kapitulation gezwungen werden könne. Dieser Traum ist ausgeträumt. Heute hat die internationale Bourgeoisie erkannt, daß sie bereits Gefahr läuft zu spät zu kommen. Die Gefährdung ihrer Existenz zwingt sie heute, die Frage des Krieges gegen die Sowjetunion in aller Öffentlichkeit auf die Tagesordnung zu stellen.

Alle Tatsachen sprechen dafür, daß der Weltimperialismus auf der ganzen Linie zum entscheidenden Schlage gegen die Sowjetunion ausholt.

Der Interventionskrieg wird vorbereitet

Die Vorbereitung zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion erfolgt gleichzeitig an allen Frontabschnitten. Mit der „amoralschen“ Vorbereitung gehen parallel die Vorbereitungen an der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Front. Die internationale Bourgeoisie hat alle ihre Hilfskräfte mobilisiert.

Die schwarze Einheitsfront.

Vom Oberhaupt der katholischen Kirche bis zu den paneuropäischen Schwärmern von den religiösen Sekten bis zu den faschistischen „Mordorganisationen, von den Bank- und Industriefürsten bis zu den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten und „Arbeiterministern“, von der offenen Kontroversion bis zu den Sozialdemokraten rechter und „linker“ Färbung — sie alle haben sich in der Front gegen die Sowjetunion zusammengereihen. Mit neuer Kunstfertigkeit und der größten Schamlosigkeit wird die Religion, die Schule, die Wissenschaft, die Literatur, das Theater, die Presse in den Dienst der Kampagne gegen das „Schreckgespenst des Bolschewismus“ gestellt. Täglich wird in Millionen und Abermillionen von Exemplaren der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse die schamloseste Hetze gegen die Sowjetunion betrieben. Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion, gegen ihren sozialistischen Aufbau werden fabriziert, wie man Gummiartikel und Seife fabriziert. Mit der Kampagne der katholischen Kirche gegen den Kulturbolschewismus nahm der „amoralsche“ Kreuzzug gegen die Sowjetunion seinen Anfang. Ihm folgte die Kampagne gegen das angebliche sowjetrussische „Dumping“, zu deren Belegung später das Märchen von der Zwangsarbeit in der Sowjetunion erdandt wurde. Zwischen durch folgte in gewissen Abständen ein neuer Schurkenstreich durch Wechsel- und Tschewzenfänscher. Alle diese Kampagnen erinnern in ihrem Charakter und an der Intensität, mit der sie betrieben werden, ganz und gar an die Interventionspläne 1918/19.

Dasselbe gilt für die politischen Vorbereitungen der Intervention. Die ihren schäblichen Ausdruck in dem Abschluß zahlreicher militärischer und politischer Abkommen der imperialistischen Mächte und ihrer Vasallenstaaten, sowie in der Einberufung der verschiedensten internationalen Konferenzen finden.

„Friedenskonferenzen.“

Mehr als hundert Konferenzen, Sitzungen, Kommissionen, alle einbeziehen, um „den Frieden die Wege zu ebnen“, die in Wirklichkeit aber als gegen die Sowjetunion zu organisieren, haben in den letzten zehn Jahren stattgefunden. Man sprach dort über Zölle, über Abrüstung, über Heilung, man redete mit begeisterten Worten vom Frieden, und in Wirklichkeit stand im Mittelpunkt aller Sorgen und Entscheidungen die von der Sowjetunion geforderte Zusammenfassung aller antiso-wjetistischen Kräfte.

Die französische Regierung schloß Militärverträge mit Polen im Jahre 1920 und veranlaßte den polnisch-rumänischen Vertrag vom Jahre 1921, England machte die größten Anstrengungen zur Organisation eines baltischen Blockes und veranlaßte den estisch-lettischen Militärvertrag. In Ergänzung des Garantievertrages wurde im Jahre 1926 eine polnisch-rumänische Militärkonvention abgeschlossen, die vorsieht: 1. Für den Fall eines Krieges schließt die vertragschließenden Staaten mit Sowjetrußland verpflichtet sich der andere Teil, demselben unverzüglich mit seinen ganzen Streitkräften zu Hilfe zu kommen. 2. Wenn der Krieg nur gegen Rußland geführt werden wird, müssen nicht weniger als neun Zehntel aller Streitkräfte der beiden Staaten gegen die russischen Armeen geworfen werden.

den Militärstäben dieser Länder besteht. In den Jahren 1930 und 1931 fanden in Prag und Paris Beratungen der militärischen Vertreter Frankreichs und all seiner Vasallenstaaten statt, die sich mit der Ausarbeitung der strategischen Pläne des kommenden Interventionskrieges gegen die Sowjetunion beschäftigten.

Der Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion.

Die finanzielle und wirtschaftliche Vorbereitung findet ihren sichtbarsten Ausdruck in der Tatsache, daß eine Reihe von Ländern, wiederum unter Führung Frankreichs, der Sowjetunion bereits offenen Wirtschaftskrieg erklärt haben, indem sie durch außerordentliche Gesetze gegen die sowjetrussische Einfuhr vorgehen. Die führenden kapitalistischen Gruppen der wichtigsten imperialistischen Länder, in erster Linie Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika, haben die Forderung des Abbruchs der Beziehungen mit der Sowjetunion proklamiert. Auf den verschiedenen Wirtschaftskonferenzen, insbesondere auf den im letzten Jahre stattgefundenen Agrarkonferenzen, wurde die Frage der Organisation eines Mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes „gegen die sowjetistische Dampfwaile“ offen gestellt. Auf

Der von Briand, dem von der Internationale geleiteten „Friedensminister“, entworfenen Plan für ein Pan-Europa verfocht den gleichen Zweck. Er ist gleichen Ursprungs, wie die zahlreichen Versuche, die in den letzten Jahren vom französischen Imperialismus mit großer Beharrlichkeit wiederholt wurden, um einen Bund der Balkanstaaten und einen Bund der baltischen Staaten zu bilden.

Das Vorhandensein geheimer Militärabkommen, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind und unter den Fittichen des Pazifisten Briand zwischen dem französischen Imperialismus und seinen Vasallenstaaten Polen, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei und den baltischen Staaten abgeschlossen wurden, geht aus der Tatsache hervor, daß die Organisation und Ausbildung der Armeen in diesen Ländern in den Händen von Offizieren des französischen Generalstabs liegt, und daß eine enge Verbindung zwischen

einer dieser Konferenzen in Wien, an der neben den Balkanstaaten auch Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen, Oesterreich und Ungarn teilnahmen, erklärte der Präsident der ungarischen Landwirtschaftskammer, Graf Hoyos, der eine der stärksten Stützen des Horthy-Regime im faschistischen Ungarn ist, unter dem Beifall der ganzen Konferenz, folgendes:

„Die Frage der gemeinsamen Abwehr der Sowjetunion muß energisch angefaßt und gelöst werden, sonst bauen wir Luftschlösser, die die Sowjetunion einfach umblasen wird.“

Auch die Agrarkonferenz in Rom setzte die Politik der Organisation der Blockade gegen die Sowjetunion fort. Die Legende vom „Sowjet-Dumping“ des Getreides mußte beibehalten, um die Bauerschaft Europas davon zu überzeugen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion der einzige Ausweg ist, um den Schrecken des Hungers, des Zagdrückens und des Aussterbens zu retten.

Der französische Imperialismus als Einpeltischer.

Im September 1927 erklärte Marschall Foch: „Frankreich ist jetzt gezwungen die Politik Englands gegen Moskau im vollsten Maße zu unterstützen, und ich persönlich bin für den bedingungslosen Bruch mit Moskau.“

Hinter all diesen Konferenzen und antisowjetistischen Beschlüssen steht der französische Imperialismus, der heute der unbestrittenen Lehnsherr der meisten Frontisten der Sowjetunion und der Einpeltischer der antisowjetistischen Front ist. Daß die Vertreter des französischen Imperialismus nicht nur die Direktiven für die Beschlüsse dieser Konferenzen, sondern auch für die Interventionspläne geben, bestätigen die Ausführungen des Herrn Henry Rolin zum Fünfjahresplan. Seine Meinung als Spezialist für russische Fragen gilt in den Kreisen der französischen Politiker und Finanzleute als autoritativ. Rolin erklärte:

„Als Folge des Umfangs und der Schnelligkeit, mit der der Fünfjahresplan durchgeführt wird, ergibt sich eine neue Agrarrevolution, die, wenn sie andauert, zweifellos auch tiefe Benennung in die wirtschaftliche und soziale Organisation der übrigen Agrarländer tragen wird. Die Verwirklichung des Fünfjahresplanes ist in der Tat an den Erfolg der Industrialisierung und der Etatisierung der russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gebunden. Und der Erfolg des Fünfjahresplanes müßte unvermeidlich den Ruin der kleinen ausländischen Erzeuger mit sich führen, die nicht in der Lage sind, gegen eine so riesige Konkurrenz anzukommen. Zweifellos müßte ein solcher Konflikt in einen Krieg münden, wenn nicht das Scheitern des russischen Versuches in kürzerer oder längerer Frist gewiß wäre.“

Heute ist sich die Internationale Bourgeoisie darüber einig, daß die Hoffnungen auf das Scheitern des Fünfjahresplanes ein großer Selbstbetrug waren. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich zwangsläufig die Schuldbelagerung, die bereits Rolin gezogen hat: Daß der durch die Verwirklichung des Fünfjahresplanes erzeugte Konflikt in einen Krieg des Weltkapitalismus gegen die Sowjetunion ausmünden muß.

Die Ursachen, die den französischen Imperialismus dazu treiben, die Rolle des Organisators des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion zu übernehmen sind aber nicht nur ökonomischer Natur. Einer der hauptsächlichsten Gründe, warum der französische Imperialismus so lieberhaft an den Interventionsvorbereitungen rüstet, liegt in der Krise des Ver-

sailer Friedensvertrags-Systems. Es ist eine unlehzbare Tatsache, daß das System der Verträge von 1919, auf die sich die Vormachtstellung Frankreichs in Europa hauptsächlich stützt, unwiderrüchlich erschüttert ist, und daß es zu Widersprüchen führt, für die es keine andere Lösung als Krieg und Revolution gibt. An Stelle der industriellen Hegemonie, die durch das Scheitern der Ruhrbesetzung von 1923 und 1924 verhindert wurde, besaß der französische Imperialismus in den letzten Jahren die politische und militärische Hegemonie in Europa. Diese Machtstellung gerät immer mehr ins Wanken. Der französische Imperialismus fühlt sich durch Deutschland und Italien bedroht. Er weiß, daß die Zerstörung seiner Hegemonie das ganze System der Friedensverträge, deren Hauptstützpunkte er ist, zerbrechen wird. Dieser Entwicklung sucht der französische Imperialismus vorzubeugen durch die Organisation einer gemeinsamen antiosowjetischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion unter seiner Führung.

Der deutsche Imperialismus in der Antiosowjetfront.

Im Schlepptau des französischen Imperialismus befindet sich auch der deutsche Imperialismus. Die verstärkte Hetzkampagne der kapitalistischen und faschistischen Presse, ihre Sekundierung durch die sozialdemokratischen Zeitungen in Verbindung mit den wütenden Angriffen auf die Kommunistische Partei sind der Ausdruck der Bereitschaft des deutschen Imperialismus, sich der Führung Frankreichs im Kampfe gegen die Sowjetunion unterzuordnen. Die Antiosowjetkampagne in Deutschland ist der Ausdruck des Hasses gegen die Sowjetunion und gleichzeitig der wachsenden Furcht der

deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Agenten gegenüber dem Wachstum des Einflusses der Kommunistischen Partei und dem gesteigerten Kampfwillen der Arbeitermassen gegen die Kapitaloffensive gegen den faschistischen Mordterror und den sozialfaschistischen Arbeiterverrat.

Die Zunahme und Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland, der gewaltige revolutionäre Aufschwung in den letzten Monaten bedingt die beschleunigte Einreihung der deutschen Bourgeoisie in die Antiosowjetfront. Die Führer der nationalsozialistischen Bewegung, die sich bereits offen als die Agenten des deutschen Finanzkapitals und der Schwerindustrie entlarvt haben, stellen die Frage des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem größten Zynismus in aller Öffentlichkeit. Hitler rief in all seinen Kundgebungen zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus auf. Er fordert den Krieg gegen die Sowjetunion, um dem „deutschen Lebenswillen den erforderlichen Spielraum im Osten zu geben“. Das Geschrei gegen die „verderblichen Mächte des Youngplans“ verstummt immer mehr. An seine Stelle tritt die schamlose und niederträchtigste Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die gewaltigen Erfolge an der sozialistischen Aufbaufront.

Unter dem Drucke dieser Kampagne beginnt die deutsche Bourgeoisie bereits den Charakter ihrer Beziehungen zu dem Lande, das der Vorposten des Imperialismus im Kriege gegen die Sowjetunion ist, zum faschistischen Polen, zu ändern. Der deutsch-polnische Liquidationsvertrag ist nichts anderes, als die Liquidierung der Nachkriegspolitik der deutschen Bourgeoisie in Osteuropa, nichts anderes, als die Bereitschaft des deutschen Kapitals, sich mit dem polnischen Kapital zu verständigen zugunsten einer gemeinschaftlichen deutsch-polnischen Kampfes für die gemeinsamen Klasseninteressen der Bourgeoisie dieser Länder. Diese gemeinsamen Klasseninteressen der Bourgeoisie dieser Länder, diese gemeinsamen Klasseninteressen aber richten sich in der Hauptsache gegen die Sowjetunion.

Offen und unzweideutig spricht die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“ über die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik. Dieses Blatt,

hinter dem die deutsche Schwerindustrie steht, rübt der Regierung Brüning den Rat, sie soll die noch bestehenden deutsch-russischen Beziehungen auf dem Altar einer vorbehaltlosen Westorientierung opfern:

„Unsere Russenpolitik hat uns neben der Westpolitik von England ferngehalten. Aber wir haben inzwischen erfahren, daß Russenkarten selten stechen, und England muß wissen, daß die polnischen Tanks den Bolschewismus auch nicht von Mitteleuropa fernhalten können.“

Das sind Töne, die auch der deutsche Reichskanzler in seinen Erklärungen vor der Londoner Presse nach „vertraulichen“ Besprechungen mit Macdonald und Henderson angeschlagen hat. Die deutsche Bourgeoisie ist bereit, die Hilfe des imperialistischen Finanzkapitals durch endgültige Einordnung in den Block der Antiosowjetpolitik zu erkaufen. Das deutsche Reich, bisher Tributstaat der imperialistischen Großmächte, ist auf dem Wege zur Vasallenstaat zu werden!

Der Imperialismus des Herrn Macdonald.

So wie der britische Imperialismus aktiv an der ersten Intervention gegen die Sowjetunion, insbesondere im kaukasischen Gebiet, beteiligt war und die weißgardistischen Käuerverbände mit Waffen, Munition und Geld unterstützte, so nimmt er auch heute in der Reihe der sowjetfeindlichen Mächte eine hervorragende Stellung ein. Er hat zwar in den letzten Jahren dem französischen Imperialismus die Initiative und Führung überlassen, um so intensiver aber betreibt er seine Vorbereitungen zum Interventionskrieg an den Ost- und Nordgrenzen der Sowjetunion. In den Ländern des Nahen und Fernen Ostens, im Irak, in Mesopotamien, in Persien und Indien, in Afghanistan und Palästina, überall spielt man die Aggressivität des britischen Imperialismus. Von dort hoffen die britischen Imperialisten im entscheidenden Augenblicke die Front antrotzen zu können, um sich Transkaukasien, der Ozeanen und Aserbeidschans zu bemächtigen.

Indien und Afghanistan sind bereits in Aufmarschgebiete gegen die Sowjetunion verwandelt. In Indien wurden in den letzten Jahren für fast ausschließlich strategische Zwecke 7000 Meilen neue Eisenbahnliesen gebaut. Die Modernisierung der indischen Armee geht in beschleunigtem Tempo vor sich. In Persien haben die Engländer eine Reihe von Stützpunkten sowohl für die Flotte wie für die Luftschwader ausgebaut. Schon jetzt verfügt England über 25 Luftgeschwader, die in Indien, im Irak, in Ägypten und Palästina stationiert sind. Die Technik der modernen Aviatic ermöglicht es dem englischen Imperialismus die Basis der Flugzeugbasis an der Küste des persischen Golfs Baku zu errichten und von dort ohne Zwischenlandung zurückzukehren.

Die herrschende Klasse in Indien und Persien bereitet vollkommen planmäßig und bewußt das Land auf den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Massenverhaftungen, Strafexpeditionen und Hinrichtungen, revolutionärer Arbeiter sind an der Tagesordnung. Gleichzeitig wird in der vom englischen Imperialismus finanzierten und ausgetheilten Presse eine systematische Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion betrieben.

Die „Friedensred“ des Herrn Henderson, des sozialdemokratischen Außenministers der Regierung Seiner Majestät des englischen Königs, auf der letzten Genfer Konferenz, seine „friedensfreundlichen“ Beteuerungen dem Vertreter der Sowjetunion, dem Genossen Litwinow, gegenüber wurden am selben Tage Lügen gestraft. In Beantwortung einer Anfrage seines konservativen Vorgängers bezüglich der Stellungnahme der Regierung zur Sowjetunion ließ Macdonald eine schamlose Hetzrede gegen die Sowjetunion vom Stapel. Er erklärte:

„Wenn die Lapo-Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in diesem Augenblick nicht beabsichtigt, so ist der Grund dafür der gleiche wie der, der die letzte konservative Regierung bewog, den Abbruch nicht früher vorzunehmen.“

Der amerikanische Imperialismus als Geschäftsmacher.

Eine besonders aktive Rolle in der Vorbereitung des Interventionskrieges spielt der amerikanische Imperialismus. Die große Presse der Vereinigten Staaten gab das Stichwort für die Hetze gegen das „Sowjet-Dumping“ und die angebliche „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten sind es, die den Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion in der schärfsten und rücksichtslosesten Form geführt haben. Die Vereinigten Staaten haben nicht nur die Interventionspläne gegen die Sowjetunion sanktioniert, sondern trafen bereits alle Vorbereitungen zur Ausrüstung von Getreide und Kriegsmaterial, um durch die Versorgung der europäischen Interventionsarmeen ein gutes Geschäft zu machen.

Unter Führung dieser Hauptmächte des Weltimperialismus hat sich eine geschlossene Front aller kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Länder gegen die Sowjetunion gebildet. Wie für die englische „Arbeiter-Regierung“ ist es auch für den Weltimperialismus nur eine Frage der Zeit, wann sie zum entscheidenden Schlag gegen die Sowjetunion ausholen und ihre bis an die Zähne bewaffneten Söldnerarmeen in Marsch setzen.

Die Kriegsindustrie blüht

Während in allen Industriezweigen infolge der ungeheuren Wirtschaftskrise die Produktion unaufhörlich zurückgeht, können wir in der Kriegsindustrie der imperialistischen Mächte und deren Vasallenstaaten einen gewaltigen Aufschwung feststellen. Die Wirtschaftskrise hat also ausgerechnet die Entfaltung der Kriegsindustrie nicht zum Stehen gebracht. Im Gegenteil. Ungeachtet der Verschärfung der Wirtschaftskrise mit all ihren unerträglichen Lasten für die werktätigen Massen, ungeachtet der täglich zunehmenden Finanzschwierigkeiten vergrößern die Regierungen der kapitalistischen Länder systematisch ihre Ausgaben für Rüstungen.

Daß die Verstärkung der Kriegsindustrie und die allgemeine Aufrüstung in allen kapitalistischen Ländern, die teilweise in offener, teilweise in getarnter Form erfolgt, in erster Reihe der Vorbereitung des Interventionskrieges dient, beweisen folgende Tatsachen.

Der französische Imperialismus verstärkt mit allen Mitteln die Kampfkraft seiner Verbündeten an der Westgrenze der Sowjetunion, in Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei. Im Hinblick darauf, daß die Transportwege, die die Industriebasis des kommenden Interventionskrieges in Frankreich und England mit Polen und Rumänien als wichtigste Ausfallstrassen verbinden, nicht genügend gesichert erscheinen, werden alle Maßnahmen ergriffen, um die eigene kriegsindustrielle Basis in Polen, in Rumänien und in der Tschechoslowakei in maximaler Weise zu verstärken.

Das Hauptarsenal der Interventionsarmee.

Die Tschechoslowakei ist zum Hauptarsenal Ost- und Südosteuropas geworden. Sie ist zugleich die Cuspe der polnisch-rumänisch-baltischen Armeen, da sie mit diesen Ländern weit bessere Transportverbindungen als Frankreich und England hat. Daraus erklärt es sich, daß das französische Kapital die bereits vor dem Kriege hochindustrialisierte Basis der Tschecho-

Riesengewinne der Skodawerke.

„Der Skodawak“, die Betriebszeitung der Skodawerke, veröffentlicht folgende Meldung: Vor kurzem fand eine Konferenz des Finanzkonsortiums des Konzerns Schneider-Creuzot-Skoda statt. Das Ergebnis des Bilanzabschlusses für das Jahr 1934 lautet: Bruttogewinn 257 Millionen Kr., d. h. 37 Millionen mehr als im Vorjahre. Nettogewinn 68,576 000 Kronen, eine Million mehr als im Vorjahre. Abgeschrieben wurden 127 Millionen, das sind 43 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Dividenden pro Aktie beträgt wiederum 90 Kronen.“

slowakei zur ungeheuren Ausdehnung und Entwicklung der Kriegsindustrie und insbesondere der Skodafabriken ausnutzte.

Dank der Anstrengungen des französischen-tschechischen Kapitals zählt man augenblicklich in der Tschechoslowakei 6 Geschütz- und Maschinen-gewerfabriken, 5 Artillerie-Ausrüstungsfabriken, 15 Patronen- und Geschößfabriken, 4 Flugzeugmotorenfabriken, 8 Schießpulver- und Sprengstofffabriken, 10 Fabrike für Gieß-, abwehrmittel- und Giftstoffherzeugung. In diesen Fabriken sind gegenwärtig über 70 000 Arbeiter beschäftigt, und im Kriegesfälle soll diese Arbeiterzahl auf 300 000 steigen.

Die polnische Rüstungsindustrie.

Den zweiten Platz im Aufbau der Kriegsindustrie in der Reihe der Randstaaten nimmt Polen ein. In Polen geht der Aufbau der Kriegsindustrie in verschiedenen Richtungen vor sich. Einmal im Bau von staatlichen Fabriken rein militärischen Charakters, zum andern in der Entwicklung einer Privatindustrie, die sehr schnell auf Kriegsindustrie umgestellt werden kann. Parallel damit läuft die Schaffung von halbstaatlichen Fabriken allgemein industriellen Charakters, die aber im Kriegesfälle für Militärzwecke ausgenutzt werden können.

Augenblicklich sind in der Kriegsindustrie Polens etwa 40 000 Arbeiter beschäftigt, die in 6 Munitionsfabriken, 3 Schießpulver- und Sprengstofffabriken, 2 Maschinengewehrfabriken, 4 Flugzeug-, 2 Flugzeugmotoren-, 2 Panzerauto- und Tankfabriken arbeiten.

Die gesamte polnische Industrie kann im Kriegesfälle mehr als zur Hälfte auf Herstellung von Kriegsbedarfsmitteln umgestellt werden.

Von den übrigen westlichen Randstaaten besitzt nach der Tschechoslowakei und Polen Rumänien die stärksten Kriegshilfsmittel. Gestützt auf das französische, englische und tschechische Kapital hat Rumänien in den letzten Jahren das Fundament einer eigenen Kriegsindustrie gelegt und eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen ergriffen, um im Kriegesfälle die übrige Industrie ausnutzen zu können.

Die hier angeführten kurze Charakteristik der kriegsindustriellen Basis der Tschechoslowakei, Polens und Rumäniens erschöpft bei weitem nicht alle industriellen Hilfsmittel, die diesen Ländern im Kriegesfälle zur Verfügung stehen. Sie können außerdem noch auf die Unterstützung der gesamten mächtigen Kriegsindustrie Frankreichs, Englands und der übrigen kapitalistischen Staaten rechnen. In Uebereinstimmung hiermit geht neben dem Ausbau der eigenen Kriegsindustrie in diesen Ländern im zusehender Maße der Bau strategischer Eisenbahnen und Kriegshäfen vor, die für die hier Herbeistransport und Kriegsruchten bestimmt sind.

Neue Eisenbahnen und Kriegshäfen.

Von den Baublochten dieser Art erwähnen wir den polnischen Kriegshafen Gdingen bei Danzig in der Ostsee, den rumänischen Hafen Konstanza im Schwarzen Meer, den arischen Hafen Saloniki mit einem besonders luxuriosen Freihafen. Hierher gehören die polnische Eisenbahnen Gdingen-Oberslesien und der Eisenbahnbau in Rumänien und Bulgarien, der den Zweck hat, eine direkte Eisenbahnverbindung von Saloniki

über die bei Nussischik über die Donau zu bauende Brücke nach den Ostzentren Polens zu schaffen. Alle diese Eisenbahnbauteile haben nach den Plänen des französischen Generalstabes den Zweck, unabhängig von Deutschland und Oesterreich die Eisenbahn- und Seeverbindungen aus Frankreich und England nach Polen und Rumänien zu sichern.

Von der Interventionsvorbereitung zeugen ferner die unaufrichtigen französischen Waffentransporte nach den kleinen Staaten an der Westgrenze der Sowjetunion. Diese haben aus Frankreich für mehr als 40 Millionen Dollar Gewehre, für 50 Millionen Dollar Granaten, für 13 Millionen Dollar Maschinengewehre, für 38 Millionen Dollar Geschütze, für 20 Millionen Dollar technisches Material eingeführt.

Milliarden für militärische Aufrüstungen.

Das Wachstum der offiziellen Militäraufwände in den wichtigsten Ländern: Frankreich, England, Vereinigten Staaten, Italien und Japan zeigt sich in folgenden Zahlen: 1914 wurden in diesen fünf Ländern insgesamt 1.182 Millionen Dollar im Militärdienst geführt, im Jahre 1930 dagegen 2.324 Millionen Dollar. Das bedeutet eine Verdoppelung der Ausgaben. In den Randstaaten: Finnland, Estland, Polen, Lettland, Rumänien wuchsen die Ausgaben von 121,8 Millionen Dollar im Jahre 1923 auf 177,7 Millionen im Jahre 1930. Dieses Wachstum kommt auch im Jahre 1931 nicht zum Stillstand.

Wie die Hunde bellten.

Wenn es noch eines weiteren Beweises für den Ernst der Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion bedarf, dann sei noch an die fortgesetzten, unerhört frechen Provokationen Finnlands, Lettlands und auch Polens erinnert.

Dokumente der Friedenspolitik der Sowjetunion:

„Die Erfolge der Industrialisierung und des Wachstums der Wehrfähigkeit gestatten die Sowjetunion zu einem mächtigen Faktor der internationalen Politik. Mit jedem Tage wächst die internationale Bedeutung der Sowjetunion als Land der befreiten Arbeit, als Bollwerk der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Feinde wollen um jeden Preis den Fünftjahrplan vereiteln, aber die Hauptlösung der Sowjetunion war und bleibt die Lösung der Festigung des Friedens.“

Den Werktätigen der Sowjetunion und den Arbeitern aller Länder verkünden wir offen die wachsende Gefahr, die die Sache des Friedens bedroht. Zu gleicher Zeit geben wir der unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, daß der bewaffnete Überfall auf die Sowjetunion jetzt die Hauptgefahr für jene bedeutet, die es wagen werden, den Frieden zu stören und die Sowjetunion zu überfallen.“ (M o t o w auf dem VI. Allrussischen Sowjetkongreß.)

Die Provokation des Bruches zwischen der Sowjetunion und Finnland erlangt offenen und zynischen Charakter. Das finnische Parlament und die finnische Regierung helfen ungenügend den Organisatoren der Sowjetkampagne. Die Bewilligung spezieller Summen an das sogenannte „Ingermanländische Komitee“ seitens der finnischen Regierung ist eine direkte Subventionierung der „Ingermanländischen“ Kampagne.

In Finnland spricht man mit der größten Offenherzigkeit von der Notwendigkeit der Annexion Kareliens, J. Leningrads, Wietkes und der Mari-Gebiete. Estland fordert die Annexion von Ingermanland und Nowgorod. In den Militärstuben in Warschau bebraucht man sich bereits an dem Gedanken der siegreichen Annexion oder Föderation mit der „befreiten“ Ukraine.

Wir schließen diese Zusammenfassung der wichtigsten vorbereiteten Maßnahmen der Internationalen Bourgeoisie für den Interventionskrieg ab mit einigen Aussprüchen führender Männer der Weltbourgeoisie, insbesondere des Finanzkapitals.

Einige kompetente Zeugen.

Zurzeit der Genfer Konferenz im Januar 1931 erklärte Briand, der „Mann des Friedens“, vor Pressevertretern:

„Denkt an die Unruhen, welche der sowjetrussische Fünftjahrplan hervorruft in solchen Ländern wie Polen und Rumänien, die unverkaufte Getreidevorräte haben und deren Bauern, von den Wuchernern ausgezogen werden. Der Bolschewismus kann alle diese Länder schnell erobern. Es genügt eine große soziale Bewegung, damit der Bolschewismus, dessen Brutstätte so nahe liegt, diese polnischen und rumänischen Territorien überflutet. Daher muß den kleinen Agrarvölkern des Westens geholfen werden, damit sie dem Bolschewismus Widerstand leisten können.“

Mit diesen Sätzen gesteht Herr Briand offen den Zweck der militärischen Aufrüstungen in den Vasallenstaaten des französischen Imperialismus ein. Noch deutlicher wird der Führer des ungarischen Finanzkapitals, der Vorsitzende der Anglo-Ungarischen Bank, Graf Karolyi. In einem programmatischen Artikel in dem faschistischen Kampftag „Magyarság“ schreibt er:

„Der Sowjetproduktion, die sich in kolossalen Dimensionen entwickelt, steht die besorgniserregende Verminderung der Industrieproduktion und des Warenverkehrs der kapitalistischen Länder gegenüber... Die beiden Systeme müssen früher oder später aufeinander prallen. Die Stunde der Abrechnung muß bald schlagen.“

Karolyi stellt offen die Forderung nach der bewaffneten Intervention.

„Die Großmächte müssen in der Frage der Endabrechnung mit der Sowjetunion zu einer Vereinbarung gelangen. Man muß mit einer internationalen Söldnerarmee, bestehend aus mehreren hunderttausend ausgewählten Menschen, ausgerüstet mit allen Mitteln der modernen Waffentechnik, die gegenwärtige russische Despotie angreifen und niederschlagen... Die Führung dieser internationalen Armee muß sich in den Händen Frankreichs befinden... Und falls dies aus irgendeinem Grunde nicht möglich wäre, dann müßte eine internationale Vereinbarung mit den schärfsten Strafsanktionen geschlossen werden zur vollständigen Umkreisung der Sowjetunion und zum vollständigen Verbot des Geschäftsverkehrs mit ihr. Diejenigen, die gegen diese Vereinbarung verstoßen, müssen zu Vaterlandsverrätern erklärt und mit dem Tode bestraft werden.“

Diese Erklärung in Verbindung mit den Tatsachen, die wir angeführt haben, sind ein schlagender Beweis für die aktiven Vorbereitungen des Weltimperialismus zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Sie zeigen, daß die Gefahr der Intervention keine „kommunistische Erfindung“ ist, sondern eine reale Gefahr, die sich in ihrer ganzen Größe vor dem Weltproletariat erhebt und es zur größten Wachsamkeit gemahnt.

Die größte Gefahr für die Sowjetunion und für das Weltproletariat liegt aber in der Tatsache, daß sich der Weltimperialismus in seinen Raubplänen auf die aktive Hilfe der internationalen Sozialdemokratischen Internationales, die sich immer mehr zur Stoßbrigade des Weltimperialismus im Kampfe gegen die Sowjetunion entwickelt, stützen kann!

Einige historische Feststellungen

So wie wir hoffen, durch unsere bisherigen Darlegungen auch den sozialdemokratischen Arbeitern überzeugend nachgewiesen zu haben, wie ernst und groß die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist, hoffen wir durch unsere weiteren Darlegungen auch den schlüssigen Beweis für unsere Behauptung zu erbringen, daß die II. Internationale die Hauptsitze der internationalen Bourgeoisie im Kampfe gegen die Sowjetunion ist. Wir beginnen mit einem kurzen historischen Rückblick auf die erste imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion und die darauf folgenden fortgesetzten Ueberfälle der vom Imperialismus organisierten konterrevolutionären Banden und der von den Menschewiki organisierten Aufstände im Innern des Landes, wobei wir uns hauptsächlich mit der Rolle der Partei der Menschewiki beschäftigen werden, die damals wie auch heute noch ein wichtiger Bestandteil der II. Internationale und die „russische“ Politik derselben mitbestimmt.

Von Kerenski zu Krasnow, Denkin, Koltschak und Wrangel.

Nach der Februar-Revolution haben die russischen Menschewiki vollständig die Politik und die Praxis der bürgerlichen provisorischen Regierung unterstützt und den kapitalistischen Ministern allseitig Hilfe erwiesen. Von der Zusammenarbeit mit Kerenski führte ihr Weg zur offenen Unterstützung des Zaren Generals Krasnow, zu den weißgardistischen Generalen Denkin, Koltschak, Wrangel in ihrem Kampfe gegen die proletarische Revolution.

Nach der Oktober-Revolution machten die Menschewiki einen weiteren Schritt in das Lager der imperialistischen Feinde des Staates der proletarischen Diktatur. Aktiv beteiligt an den verschiedenen konterrevolutionären Aufständen gegen die Sowjetmacht, stellten die russischen Menschewiki die enge Verbindung mit der weißgardistischen Bewegung her. Die ganze Periode des Bürgerkrieges ist voll von krassen Beispielen der aktiven Zusammenarbeit der Menschewiki mit den Weißgardisten und den hinter ihnen stehenden ausländischen Imperialisten. Aber auch die wenigen Tatsachenberichte, die wir veröffentlichen, geben ein geschlossenes Bild über die verbrecherische Rolle, die die Menschewiki in diesem Zeitabschnitt gespielt haben.

Die Menschewisten, die nach der bolschewistischen Revolution sich auf dem Sowjet-Territorium aufhielten, traten natürlich nicht immer als offene Anhänger der Intervention auf. Ihre konterrevolutionäre Verdecktheit sie oft mit linken Phrasen über eine loyale, wenn auch oppositionelle Haltung zur Sowjetregierung, über Anerkennung der historisch fortwährenden Rolle der Sowjets „als solcher“. Sie nahmen eben jene Position ein, die dann später den Otto Bauer, Seydewitz und Engelbert Graf als Vorbild dienende Offen für die Intervention, offen für den Sturz der Sowjetregierung, offen für den Imperialismus traten dagegen die Menschewiki ein, wenn sie sich unter dem Schutz der Interventionsarmeen befanden.

Die Okkupation Odessas und Herr Garwi.

Ein klassisches Beispiel ist dafür der Menschewiki Garwi, der heute der russische Redakteur des „Vorwärts“ ist.

Am 19. Januar 1919 erklärte dieser Herr Garwi in einem Referat, das er nach der Besetzung Odessas durch die Truppen des französischen Imperialismus und nach jenen blutigen Raueaktionen an den Odessaer Arbeitern und Kommunisten, die vom

ersten Tage der Ankunft der Besatzungstruppen begannen, auf einer Versammlung der menschewistischen Organisation von Odessa hielt, folgendes:

„Die Alliierten erschienen hierher nicht so sehr auf einen Appell hin, als vielmehr veranlaßt durch eigene bestimmte Interessen. Zum Kampfe gegen sie aufzurufen, ist Wahnsinn und Abenteuererium. Die Demokratie muß ihre Kräfte mobilisieren und sich mit der Demokratie der Entente-Länder in Verbindung setzen, um den Bruch der Alliierten mit den reaktionären Kreisen Rußlands und eine demokratische Ausrichtung ihrer Politik gegenüber Rußland herbeizuführen. Objektiv interessiert an der Einigung Rußlands, müssen sich die Alliierten davon überzeugen, daß diese Einigung nur auf demokratischem Wege möglich ist. Von der Kraft und Geschlossenheit der Demokratie Rußlands selbst wird in nicht geringem Maße auch der Charakter der Entente politik gegenüber Rußland abhängen.“

In diesen Sätzen entlarvte sich Garwi als ein offener Agent des französischen Imperialismus. Anläßlich der Wiedergabe der seinerzeit im offiziellen Organ der Menschewiki in Odessa veröffentlichten Rede während des Menschewiki-Prozesses in Moskau antwortete Herr Garwi im „Sozialistischen Boten“, dem in Berlin erscheinenden theoretischen Organ der russischen Menschewiki, mit einem hilflosen Gestammel, indem er schrieb:

„Wir hatten mit der unabhängigen Tatsache der Ententeokkupation zu rechnen, wie wir vorher mit der Tatsache der deutschen Okkupation rechnen mußten ... Insofern die Intervention eine harte Tatsache der militärischen Wirklichkeit war, entstanden eine Zeitlang bei einzelnen Genossen, und darunter auch bei mir — Hoffnungen auf eine demokratische Ausrichtung — in erster Linie mit Hilfe der sozialistischen Parteien — der Politik der Interventionsmächte unter dem Druck der Demokratie der Ententeländer auf ihre Regierungen.“ (Nr. 3, Jahrgang 1931.)

Herr Garwi charakterisiert also die französische Intervention in den Jahren 1918/19 als eine „unabhängige Tatsache“. Sein Versuch, die Tatsache des Bündnisses, das die Führer der Menschewiki mit den Führern der Interventionsarmeen gegen die proletarische Revolution geschlossen hatten, abzuleugnen, aber ist ihm völlig mißlungen.

Menschewistischer Aufruf zum Eintritt in die antibolschewistische Freiwilligen-Armee.

In Samara, wo unter der Herrschaft tschechischer Bajonette Mitte 1918 eine konstituierende Versammlung einberufen wurde, spielten die Menschewisten eine führende Rolle. Am 11. Juni 1918 faßte die menschewistische Parteiorganisation in Samara den Beschluß, ihre Anhänger und die sympathisierenden Arbeiter aufzurufen, in die antibolschewistische freiwillige Armee einzutreten, um gegen die „bolschewistischen Banden“ zu kämpfen. (Zeitung Wesernaja Sarja (Abendroté), 15. Juni 1918 Nr. 72.)

Mitte 1918 war die Sowjetregierung in einer besonders gefährlichen Lage. Überall drangen die weißgardistischen Armeen vor. Die deutschen Armeen rückten ebenfalls vor. In Erwartung, daß das Schicksal des Bolschewismus bald sinken werde, änderten auch die „linken“ (Martow) und zentristischen Menschewiki (Dan) ihre Haltung. In der Maikonferenz von 1918 riefen die Menschewiki die russischen Arbeiter auf, „sich auf einen hartnäckigen Kampf um die Ablösung des Zerr-

Bildes der sozialistischen Republik durch eine wahre demokratische Republik zu rüsten." (Resolution zu dem Referat von Theodor Dan.)

Die taktische Schwenkung der Menschewiki.

Es kam aber anders. Die Revolution in Deutschland und Oesterreich sprengte den eisernen Rink der deutschen Armee, die bis dahin gemeinsam mit den französischen Interventionstruppen und den weißgardistischen Banntruppen den proletarischen Staat kämpften. Die dadurch freiverdenden Kräfte konnten erfolgreich gegen die Banden Denikins und Koltschaks eingesetzt werden und diesen eine vernichtete Niederlage bereiten.

Der Sieg der roten Streitkräfte führte wieder zu einer taktischen Schwenkung der Menschewiki. Auf der Parteikonferenz der Menschewiki, die vom 27. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 stattfand, operierte eine Gruppe mit linken Phrasen. Die „linken“ Menschewiki bezeichneten die Rechten (Liber, Potrowsow, Lewitzki) als Lakaien des Imperialismus. Genau so wie auf dem Leipziger Parteitag, der deutschen Sozialdemokratie der „linke“ Eckstein den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie der faschistischen Regierung beschuldigte. Über ganze Parteiorganisationen, die zu offen die Intervention unterstützt hatten, wurde der Banstrahl geschleudert. Die Drohungen der „Linken“ mit Ausschluss der rechten Interventionisten usw. erschütterten aber nur die Luft und genau so wie bei den deutschen „Linken“ wurde den Rechten Generalpardon zugestanden.

Die georgischen Menschewiki für die Imperialisten des Westens.

Besonders charakteristisch für die Stellung der Menschewiki zum Imperialismus ist die Herrschaft der Menschewiki in Georgien von 1919 bis 1921. Die georgischen Menschewiki boten in der schamlosesten Weise ihre Dienste den jeweilig vordringenden Imperialisten an. Heute den Deutschen, morgen den Engländern oder Franzosen. Sie beschränkten sich nicht nur auf die Zusammenarbeit mit den ausländischen Imperialisten, sondern unterhielten auch dauernde Beziehungen zu den konterrevolutionären weißgardistischen Armeen. In einem Bericht des menschewistischen Ministers Gegetschkori an Denikin heißt es:

„In der Frage des Verhaltens zu den Bolschewiki kann ich erklären, daß der Kampf gegen die Bolschewiki innerhalb unserer Grenzen ein erbarmungsloser ist. Wir unterdrücken mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Bolschewismus.“

Und der Führer der georgischen Menschewiki, Dshordanja, der heute ein hervorragendes Mitglied der II. Internationale ist, gab am 14. Januar 1920 in der Konstituierenden Versammlung Georgiens eine Erklärung ab, in der er wörtlich ausführte:

„Sie wissen, daß Sowjetrußland uns ein militärisches Bündnis angeboten hat. Ich werde aber die Imperialisten des Westens den Fanatikern des Ostens vorziehen.“

Der Kronstädter Aufruf 1921.

Als im Februar 1921 die von den Imperialisten und der weißgardistischen Konterrevolution gekauften oder betrogenen Matrosen in Kronstadt einen Aufruf organisierten, standen wiederum die Menschewiki diesmal Arm in Arm mit den Anarchisten, in der Front der Konterrevolution. Der „Sozialistischer Wiestnik“ (Sozialistischer Bote), das ausländische Organ der Menschewiki, schrieb über den Kronstädter Aufruf:

„Die Massen gehen in den Tod für die menschewistischen Losungen der politischen Freiheit, von den frei gewählten Sowjets, von den be-

freiten Gewerkschaften, von der Aufhebung der Parteidiktatur der Kommunisten, des Terrors der Tscheka und von dem Abkommen mit der Bauernschaft auf der Grundlage von Konzessionen an das Prinzip des freien Handels. . . . Die russische Sozialdemokratie ist um so mehr berechtigt, einen Triumph zu feiern, als sie — bei völligem Fehlen einer Organisation unter den Matrosen — zu ihrer Bewegung in keiner Beziehung stand.“

Vergebens versuchten die Menschewiki, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Kein anderer als die Weißgardisten selbst bestreiten ihnen ihre aktive Beteiligung und lobten sie ausdrücklich. Auf dem III. Weltkongreß führte Lenin über die Rolle der Menschewiki während des Kronstädter Aufrufes folgendes aus:

„Anlässlich des Kronstädter Aufrufes, bei dem die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gemeinsam mit den Weißgardisten kämpften, sprach sich Millukow für die Lösung aus: „Sowjets ohne Bolschewiki.“ Diesen Gedanken weiterentwickelnd, schrieb derselbe Millukow: „Ehre und Andenken den Sozialrevolutionären und Menschewiki; denn sie haben die Aufgabe, als erste die Macht den Bolschewiki zu nehmen.“

So sehen wir, daß es in den Jahren 1918, 1919, 1920 und 1921 keinen konterrevolutionären Putsch und keinen Aufruf gegen die Sowjetmacht gegeben hat, an dem die Menschewiki nicht mit den Imperialisten und den weißgardistischen Räuberbanden gemeinsame Sache gemacht hätten.

Das Wirtschaftsprogramm der Menschewiki.

Als im Frühjahr 1921 die Neue Oekonomische Politik eingeleitet wurde, herrschte im Lager der Kapitalisten allgemeiner Jubel. Die auf der Lauer liegenden Räuber erwarteten, daß dieser Entschluß die Rückkehr der Bolschewiki zum Kapitalismus bedeute. In diesen Jubelchor stimmten selbstverständlich auch die Menschewiki ein. Am 4. Oktober 1921 veröffentlichte Martow, der Führer der Menschewiki, im „Sozialistischer Bote“ einen großen Artikel „Unsere Plattform“, in dem, es wörtlich heißt:

„Das Wirtschaftsprogramm unserer Partei muß einer völligen Revision unterzogen werden. Die Partei muß ihren Standpunkt durch die Tatsache korrigieren lassen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft in Rußland hauptsächlich auf kapitalistischem Boden vor sich gehen wird, und daß unter den gegebenen historischen Voraussetzungen das der vernünftige Weg ist.“

In der Hoffnung, daß die Bolschewiki diesen „vernünftigen Weg“ gehen würden, stellten sich viele führende menschewistische Funktionäre der Sowjetunion zur Arbeit in den Staatsinstitutionen zur Verfügung. Sie hofften, auf diesem Wege die Positionen in ihre Hände zu bekommen, die es ihnen später, nach dem Sturz der Bolschewiki ermöglichen sollten, die Volkswirtschaft in ihrem Sinne zu leiten. Als die Geschichte aber ihre Wünsche zerschlug, als die Neue Oekonomische Politik nicht, wie sie es erwartet hatten, zu einer Revision, sondern zu einer Fortentwicklung der Revolution führte, erfolgte ihr kläglicher Versuch, durch Schlingensiefel und Sabotage dem „vernünftigen Weg“ des Kapitalismus vorzuarbeiten.

Die polnischen Menschewiki und die Intervention.

Nicht minder verbrecherisch als die Rolle der russischen Menschewiki war die der polnischen Menschewiki. Die PPS, die den aktivsten Anteil an der Erstückung des ukrainischen Aufrufes in Ostgalizien nahm, be-

grüße mit Begeisterung den Marsch der polnischen „weißen Adler“ auch auf einem anderen Frontabschnitt, auf dem Boden des westlichen Weißrusslands. Die Besetzung Wilnas durch polnische Heere erklärte die PPS, als einen Triumph des Grandatzes der „Selbstbestimmung“ der Völker.

Mitte März 1920 setzten geheime Unterhandlungen zwischen dem damaligen Staatsoberhaupt Pilsudski und dem ukrainischen Bandenführer Petljura ein. An diesen Unterhandlungen nahm auch der Führer der PPS, Daszynski teil. Das Ergebnis war eine Vereinbarung mit Petljura, auf Grund deren Pilsudski sich verpflichtet hatte, die Ukraine bis zum Dnepr zu besetzen. In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten stimmten die PPS-Vertreter am 22. April 1920 für den Antrag, „die Erklärung der Regierung“ zur Frage der Vereinbarung mit Petljura „zur Kenntnis zu nehmen“, wobei Daszynski erklärte, Polen müsse die Grenze von 1792 anstreben. In der Plenarsitzung des Sejm, drei Tage darauf, erklärte Daszynski im Namen seiner Fraktion, daß die Vereinbarung mit Petljura „klug und in Anbetracht der Kräfte Polens und der Ukraine notwendig sei“.

Unter den wichtigsten Schlägen der Roten Armee, der Arbeiter und Bauern, wurden die polnischen Truppen gezwungen, schleunigst die Sowjet-ukraine zu räumen. Sie flüchteten in panischem Schrecken bis zu den Mauern Warschaus. Die werktätigen Massen der ganzen Welt, die Avantgarde der Arbeiterschaft Polens, begrüßten und unterstützten den Vormarsch der Roten Armee, denn sie verstanden, daß die Sache, wofür diese kämpfte, die Sache des internationalen Proletariats war. Um die Macht der Bourgeoisie zu retten, bildete aber die PPS, zusammen mit allen bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung, mit dem Führer der Kulakpartei Witos als Ministerpräsidenten und dem Führer der PPS, Daszynski als seinem Stellvertreter an der Spitze. Diese „Arbeiter- und Bauernregierung“ — so bezeichnete die PPS-Leute vor den Arbeitern die konterrevolutionäre Koalition — versprach den Bauern Boden, den Arbeitern soziale Reformen und bemäntelte durch diese lägenhaften Versprechungen das Wissen des weißen Terrors, die unerbilligte Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter- und Bauernmassen. In den PPS-Versammlungen und in der Parteipresse wurden die eckelhaftesten nationalistischen Orzeln geteilt, um das Bewußtsein der Arbeitermassen mit dem Hass gegen die „Moskowiter“ zu vergiften.

„Arbeitervolk! Tretet die Moskowiter mit den Füßen wie die Reptilien, besät den Boden mit ihren Leichen!“

Das war der Text des „Revolutionsliedes“, welches der „Robotnik“ (Zentralorgan der PPS), als neue proletarische Hymne dem von der PPS organisierten „Arbeiterregiment zum Schutze Warschaus“ zu singen empfahl.

„Den größten Dienst kann jetzt der polnische Militarismus der Welt erweisen“ — erklärte Daszynski in der Sitzung des ZK. der PPS, am 29. August 1920.

Während der Friedensverhandlungen in Minsk und Riga verteidigten die Führer der PPS, Bawilicki und Perli als Mitglieder der Regierungsdelegation die imperialistischen Ansprüche der polnischen Kapitalisten und Grundbesitzer. Nach dem Rigaer Frieden haben die Führer der PPS, im Namen der Demokratie alle möglichen Arten von weißgardistischen Abenteuerern, wie Sawinkow, Balachowitsch, Petljura, Tjajunik u. a. unterstützt.

Die deutsche Sozialdemokratie und die erste Intervention.

Die Rolle, die die deutsche Sozialdemokratie während der ersten Intervention und den verschiedenen konterrevolutionären Aufständen gespielt hat, ist nicht minder ermühtlich, als die der russischen und polnischen Menschewiki. Die deutsche Sozialdemokratie gab nicht nur dem räumlichen Breiter „Friedensvertrag“ ihre volle Zustimmung, sondern unterstützte die Fortsetzung des Krieges gegen das russische Volk auch nach dem Friedensschluß. Ebenso unveressen muß bleiben, daß es die sozialdemokratische Regierung Ebert-Scheidemann war, die den Bandenkrieg der Baltikum-Truppen gegen die Sowjetmacht fortsetzen ließ und den sozialdemokratischen Abgeordneten Wünnig als Regierungskommissar ins Hauptquartier der Baltikamer entsandte. Während des polnisch-russischen Krieges war es die Regierung Hermann Müller, die mit der französischen Regierung einen Fakt auf Lieferung von Kriegsmaterial schloß und die französischen Truppen auf deutschen Eisenbahnen nach Polen transportierte, was einer offenen aktiven Kriegshandlung gegen die Sowjetunion gleichkam.

So wie die deutsche Sozialdemokratie, so unterstützte auch die englische, französische, tschechoslowakische und belgische Sozialdemokratie die erste Intervention gegen die Sowjetunion. Die gesamte II. Internationale und die austromarxistische 2^{te} Internationale billigten nicht nur den Interventionskrieg, sondern unterstützten ihn aktiv durch eine niederrichtige Hetzkampagne gegen die Sowjetunion.

Lenin über die Rolle der Menschewiki.

In einem Artikel über die Parteiführung gab Lenin nach der Beendigung des Bürgerkrieges folgende Charakteristik über die Haltung der Menschewiki während der Zeit des Bürgerkrieges und der Intervention:

„Während der Zeitperiode 1918—21 bewiesen die Menschewisten zwei ihrer Eigenschaften: die erste ist die geschickte Anpassung an die unter den Arbeitern herrschende Richtung, die zweite ihre Neigung, den Weißgardisten zu dienen und dabei diesen Dienst in Abrede zu stellen.“

Diese Worte Lenins gelten nicht nur für die Menschewiki von damals, sondern in vollem Sinne des Wortes auch für die Menschewiki von heute und für die gesamte II. Internationale!

Die II. Internationale in der Interventionsfront

Auf unsere historischen Feststellungen wird mancher sozialdemokratische Arbeiter antworten: Nun ja, das war einmal. Das gehört der Geschichte an. Unsere Führer von heute haben mit diesen Dingen, die auch wir verurteilen, nichts zu tun. Sie sind gegen jeden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Die Beschlüsse der II. Internationale und unserer Partei beweisen das.

Darauf erwidern wir: Die Führer der II. Internationale und der sozialdemokratischen Parteien sind dieselben Männer, die bereits 1918—19 und später, also in jener Zeit, in der sich die erste imperialistische Intervention und die fortgesetzten Ueberfälle der konterrevolutionären weißgardistischen Banden auf die Sowjetunion abspielten, diese mehr oder minder unter-

stützen. Ihre Entwicklung seit ihrer Zeit, ihre intimste Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in allen Ländern, ihre direkte Beteiligung an einer Reihe von imperialistischen Regierungen, hat ihren Haß, ihre Feindschaft, ihre Aggressivität dem Sowjetstaate gegenüber noch gesteigert. Ihr Streben, mit der Sowjetunion „Schluß“ zu machen, mit allen „geeigneten“ Mitteln, auch durch eine bewaffnete Intervention, ist heute lebendiger denn je.

Der Prozeß gegen die Menschewiki.

Im März dieses Jahres standen in Moskau vor dem höchsten proletarischen Gerichtshof vierzehn Mitglieder der Partei der Menschewiki, die sich wegen konterrevolutionärer Schädigungsarbeit, wegen Vorbereitung einer bewaffneten Intervention gegen die Sowjetunion zu verantworten hatten. Die Gromann, Suchanow, Rubin, Scher und Konsorten mußten unter der Wucht des bereits in der Anklageschrift enthaltenen Materials ihre verbrecherische Tätigkeit eingestehen. In mehrfacher öffentlicher Gerichtsverhandlung wurden die geheimen Verbindungen der Angeklagten und überführten Menschewiki mit dem Auslandsbüro der Menschewiki in Berlin entlarvt, die führende Rolle der Herren Dan und Abramowitsch, die in der Exekutive der II. Internationale sitzen und ständige Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zentralorgane, des „Vorwärts“ in Berlin, des „Populaire“ in Paris, des „Le Peuple“ in Brüssel und der „Arbeiterzeitung“ in Wien sind, aufgedeckt. Der Prozeß enthüllte auch die Tatsache, daß die Vandervelde, Blum, Hilferding und Konsorten nicht nur über die Tätigkeit der menschewistischen Saboteure und Interventionisten auf dem laufenden waren, sondern sie direkt unterstützten.

Vor dem Forum des Weltproletariats wurden die Führer der II. Internationale, die sich in der Rolle des Anklägers gefielen, zu Angeklagten. Die Gromann, Dan, Rubin, traten in den Hintergrund. Der Prozeß gestaltete sich in seinem weiteren Verlauf immer mehr zu einer furchtbaren Anklage gegen die sowjetmörderische konterrevolutionäre Politik der Führung der II. Internationale, die durch keinerlei Demetri und „eidesstattliche“ Erklärungen abgeleugnet und entkräftet werden konnte. Das Urteil des proletarischen Gerichtshofes gegen die Menschewiki war zugleich ein politisches Vernichtungsurteil gegen die II. Internationale.

Der Moskauer Prozeß hat unwiderrücklich bewiesen, daß der militärische Interventionsplan der Imperialisten die Grundlage nicht nur der gesteigerten Sowjethetze der Weltbourgeoisie, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie war; daß die Partei der Menschewiki sich in eine Geheimagentur für Wirtschaftssabotage zur Vorbereitung der Intervention verwandelt hat. Er entlarvte die Führer der Internationale als die schlimmsten Agenten des konterrevolutionären Imperialismus.

„Die Gerichtsuntersuchung hat festgestellt, daß die Annahme des Kurses auf die Intervention und die Schädigungsarbeit als ein Mittel ihrer Vorbereitung die Menschewiki veranlaßt hat, einen engen politischen Block mit der konterrevolutionären Kulakenpartei der Kondratjew-Fschalanow sowie mit der „Industriepartei“, der interventionistischen Spionage- und bourgeoisien der Imperialistischen Länder zu schließen.“ (Aus der Urteilsbegründung im Menschewiki-Prozeß.)

So wie der Prozeß die verbrecherischen Pläne der Menschewiki und der Führer der II. Internationale restlos aufdeckte, so deckte er auch die Motive auf, die die russischen Menschewiki und ihre Gönner aus der Führung der II. Internationale auf dem Weg der Schädigungsarbeit und der planmäßigen Interventionsvorbereitungen führte. Die Angeklagten rufen zu, daß sie auf die Hervorrufung einer „Katastrophe“ hinarbeiten, die zu Bauernmassenständen und zum allgemeinen „blutigen Chaos“ führen sollte, was eine geeignete „Konjunktur“ für die bewaffnete Intervention schaffen würde.

Unter dieser Perspektive ersaheten sie es für ihre „Pflicht“, das „historisch Unabwendbare“ zu beschleunigen, die „Geburtenwehen der Geschichte“ zu erleichtern. Als die Dan und Abramowitsch denen das bisherige Tempo der Schädlungsarbeit nicht genigte, auf die Verstärkung und Beschleunigung drängten, konnten die Angeklagten den ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Die Wirtschaft der Sowjetunion nahm ein so stürmisches Wachstum an daß alle Schwierigkeiten überwunden und alle Ausfälle, die sich aus der organisierten Schädlungsarbeit ergaben, eingeholt wurden. Das brachte die Gromann, Rubin und Konsorten in Verlegenheit und rief in ihnen Zweifel an der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer konterrevolutionären Handlungen hervor. Da waren es wieder die Dan und Abramowitsch, die sie vorwärts drängten. Als Abramowitsch die Berichte der Angeklagten über die Konjunktur-Entwicklung in der Sowjetunion entgegennahm, gab er ihnen neue Direktiven, um jeden Preis in ihren Berichten zu beweisen, daß die Sowjetunion unauflöslich der wirtschaftlichen Katastrophe entgegenzöge. Soweit die späteren Berichte dieser Anforderung nicht genigten, wurden sie in Berlin gefälscht und umgearbeitet. Der Zweck dieser „Rußland-Informationen“ war klar. Einerseits sollte damit die internationale Bourgeoisie in der Vorbereitung ihrer Interventionspläne angeeurt und bestärkt werden, andererseits wollte man der Arbeiterschaft mit diesen Berichten die Unfähigkeit der Bolschewiki, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, beweisen.

Der Prozeß gegen die Menschewiki hat nicht nur diese Seite der verbrecherischen Schuld der Führer der II. Internationale aufgezeigt, er hat gleichzeitig enthüllt, daß die II. Internationale, die Vandervelde, Blum, Hilferding, ihre Agenten in der Sowjetunion durch finanzielle Mittel unterstützt hat, damit sie ihre verbrecherische Arbeit organisieren und Verbündete machen konnten.

Die Antwort der entlarvten Verbrecher und Mitverschworenen.

Die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen die Gromann, Rubin, Suchanow, Scher und Konsorten löste in der gesamten sozialdemokratischen Presse einen „Sturm der Empörung“ aus. Durch Beschimpfungen und Verleumdungen der Partei Lenins, des Genossen Stalin und des proletarischen Anklageschrift abzuschwächen. Und als schon in den ersten Verhandlungstagen die Angeklagten unter der Wucht des zusammengetragenen Materials ihre verbrecherischen Handlungen eingestanden, schrieb die sozialdemokratische Presse über „erpresserische Manöver der GPU.“ Aber schon wenige Tage später waren dieselben Angeklagten, die Opfer der Stalinischen Gewaltpolitik“ zu „gekauften und bestochenen Subjekten des Sowjetsystems“ geworden. Die Presse der II. Internationale ließ die Angeklagten in dem Augenblicke fallen, und eröffnete auch gegen sie ein Trommelfeuer von Beschimpfungen, als sie offen ihre verbrecherische Schuld und die Mitverantwortung der Dan und Abramowitsch, der Vandervelde, Blum, Hilferding vor aller Öffentlichkeit eingestanden.

Nachdem so die Führer der II. Internationale ihr Spiel verloren sahen, ließen sie erneut die Maske fallen und entfalteten eine neue Hetzkampagne gegen die Sowjetunion.

Monsieur Vandervelde meldet sich!

Am 21. März veröffentlichte Vandervelde in dem offiziellen Informationsorgan der II. Internationale einen Artikel über den Prozeß der Menschewiki. Einleitend beteuert Vandervelde die Unschuld der Dan und Abramowitsch in allen Tonarten. Dann fährt er wörtlich fort:

„Wahrlich, man muß in einem unerhörten Grade und gegen jede offensichtliche Wahrscheinlichkeit auf die menschliche Leichtgläubigkeit bauen, um es zu wagen, Männer wie Hilferding, Blum, Friedrich Adler oder mich anzuklagen. — daß wir mit den „Weißen“ gemeinsame Sache machten, daß wir insgeheim eine ausländische Intervention vorbereiteten; daß wir unter einer Decke steckten mit den imperialistischen Generalstabern; während uns die gesamte bürgerliche Presse Europas lässlich den Vorwurf macht, — daß wir — trotz alledem — mit der russischen Revolution gehen, daß wir uns mit allen unseren Kräften der Einkreisungspolitik, dem Boykott, der Isolierungspolitik gegen die Sowjetunion, widersetzen.“ Die Leute vom Krenel sollten sich indessen keinen Illusionen hingeben über die Erfolge, die sie mit solchen Manövern erreichen können. Früher oder später drängt sich die Wahrheit durch zum Licht. Wenn diese Wahrheit erst den Arbeitern der Sowjetunion bekannt sein wird, dann wird denen, die sie heute mit solcher Verwegenheit betrügen, eine große Rechnung vorgelegt werden. Es kommt für alle der zählende Tag.“

Die Wahrheit, von Herr Vandervelde spricht, ist schneller als Licht gekommen, als es ihm wünschenswert erschien.

„Der Tag der Abrechnung kommt.“

Zur selben Zeit, da Herr Vandervelde diese Sätze im Informationsorgan der II. Internationale veröffentlichte, brachte der „Le Peuple“, das Organ der belgischen Arbeiterpartei, einen „Protest des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei gegen die gemeinen Prozesse von Mailand und Moskau“. Dieses Dokument wirft das „diktatorische Regime“ des Faschismus und des Bolschewismus in einen Topf und spricht in gleichem Atemzug vom „Potentat Mussolini“ und vom „Potentat Stalin“:

„Der letzte Prozeß genügte Stalin nicht, um die Schwächen seiner Politik zu verschleiern. Er brauchte einen zweiten, noch groteskeren als der erste, in welchem Menschewiken angeklagt waren, die mit einer Hartnäckigkeit Geständnisse machten, die ein bedeutsames Licht auf die Moskauer Gerichtsverfahren werfen. Die Moskauer Führer schlagen jetzt Kapital aus diesen sogenannten Enthüllungen und klagen alle sozialistischen Parteien an, die Politik der Sowjets zu sabotieren. . . .“ Wir erheben einen flammenden Protest gegen diese abscheulichen Verfahren, die dem menschlichen Gewissen direkt entgegen gesetzt sind Aber die Tyrannen wollen damit den Bankrott des Regimes, das sie verkörpern, verschleiern!“

Dieser „Protest“ der Partei Vanderveldes vergleicht das Sowjet-system der proletarischen Diktatur, das den Sozialismus aufbaut und die letzten Spuren des Kapitalismus vertilgt, mit dem faschistischen Regime Mussolinis, das die organisierte Arbeiterschaft mundtot macht und in der grausamsten Form ausbeutet, um den sterbenden Kapitalismus zu retten. Noch deutlicher aber wird der Protest der belgischen Arbeiterpartei in seinen Schlußsätzen, in denen es mit einer deutlich sichtbaren Wendung an die Sowjetunion heißt:

„Habt acht, der Tag der Abrechnung wird bald kommen. Die sozialistischen Parteien erwarten ihn mit Ungeduld, um ein endgültiges System in dieser Welt aufzurichten.“

Diese Warnung ist nichts anderes, als ein offener Aufruf zum Inneren und äußeren Kampf gegen die proletarische Diktatur in der Sowjetunion, gegen ihr heroisches Werk, den Aufbau des Sozialismus.

Der „verrückte Fünfjahresplan“.

Im „Populaire“, dem Organ der französischen Sozialdemokratie, erschien zur selben Zeit ein Artikel, in dem zunächst ein Wutgeheul gegen die Gromm, Rubins und Konsorten angestimmt wird. Sie werden als „Agenten der Sowjetunion“, als „bezahlte und bestechene Provokateure“ charakterisiert. Dann leistet sich der Artikelschreiber, der Fachmann für Außenpolitik, Rosenfeld, folgende Perle:

„Ja, es gibt eine ungeheure „Sabotage“ in Rußland, aber diese Sabotage des ganzen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und moralischen Lebens ist die Konsequenz der terroristischen Diktatur des Bolschewismus und seines verrückten Unternehmens, das unter dem Fünfjahresplan bekannt ist. Der wirkliche Saboteur ist Stalin. Der wirkliche Aushänger des Proletariats ist Stalin. Der wirkliche Provokateur der Unzufriedenheit des Volkes ist Stalin. Er ist es, der durch Zertrümmerung der Revolution die Konterrevolution in Rußland vorbereitet.“

Der Fünfjahresplan, dessen gewaltige Erfolge selbst die Todfeinde des Sozialismus, die Weltbourgeoisie, zur ungewollten Anerkennung zwingen, der von der Arbeiterklasse der ganzen Welt stürmisch begrüßt und gefeiert wird, ist für den außenpolitischen Sachverständigen des französischen „Populaire“, Rosenfeld, ein „verrücktes Unternehmen“. Von dieser rachsüchtigen Hetze bis zum offenen Angriff auf die Sowjetunion ist nur noch ein kleiner Schritt.

Die Verleumdungszentrale in der Lindenstraße.

In derselben niederträchtigen Weise nimmt auch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, zu den Ergebnissen des Menschewiki-Prozesses Stellung. So wie aus Hilferding's Händen die Barntoten in die schmutzigen Hände der Schädlinge und Saboteure wanderten, so gingen vom „Vorwärts“ lässlich die verlogenen Nachrichten und erbitrlichsten Verleumdungen in die Redaktionen der sozialdemokratischen Provinzpresse und von dort an die sozialdemokratische Arbeiterschaft.

„Gleichzeitig hat die Gerichtsverhandlung festgestellt, daß die Auslandszentrale der russischen Sozialdemokraten (Menschewiki) ihre verbrecherische, konterrevolutionäre Arbeit zur Interventionsvorbereitung und die Finanzierung der diesem Zwecke dienenden Schädlingsarbeit des „Unionsbüros“ mit Wissen und Billigung der II. Internationale durchgeführt hat, die diese Arbeit gedeckt und mittels der deutschen Sozialdemokratie mit Geldmitteln unterstützt hat.“ (Aus der Urteilsbegründung im Menschewiki-Prozeß.)

Die „linken“ Proteste.

Auch die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten traten nach Abschluß des Prozesses erneut mit einer Hetzkampagne gegen die Sowjet-

unlon auf den Plan. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte am 10. März einen Artikel: „Die Schändung der Revolution“, mit der Überschrift: „Bolschewistische Justiz im Kampfe gegen die Sozialdemokratie“, in dem es wörtlich heißt:

„Während sich die Sowjetunion offiziell mit den faschistischen Staaten verbindet, die faschistische Großbourgeoisie nach Rußland einlädt und mit ihr engere Verbindungen eingeht (zur Rettung des Kapitalismus), wird die Sozialistische Arbeiter-Internationale der Vorbereitung von Interventionen und der Kriegshetze gegen den „proletarischen Staat“ bezichtigt. Die sozialistische Arbeiterschaft hat dagegen protestiert, sie verstärkt ihren Protest nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern weil durch diese bolschewistischen Methoden die russische Revolution nicht gefördert und das Ansehen und die Bewegung des internationalen Sozialismus herabgesetzt und geschwächt wird.“

Für wahr, bessere Verteidiger als die „linken“ Sozialdemokraten kann sich die russische Revolution und der internationale Sozialismus nicht wünschen!

„Nicht die ganze Internationale“.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Austro-Marxisten, die die Rolle der „Linken“ im internationalen Maßstabe spielen, wagt es nicht zu leugnen, daß die II. Internationale für den gewaltsamen Umsturz und für die Intervention ist, sie stellt aber in Abrede, daß die ganze Internationale dieses Ziel verfolgt. So schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Artikel vom 8. März 1931: „Die russische Sozialdemokratie aber und mit ihr die ganze (von uns hervorgehoben, DV.) Sozialistische Arbeiter-Internationale, seien für die Intervention . . .“. An einer anderen Stelle desselben Artikels heißt es wiederum: „Gegen die ganze Sozialistische Internationale erhebt Krylenko diese groteske Anklage.“

Hätte auch Krylenko nicht gegen die ganze, sondern nur gegen die halbe II. Internationale diese Anklage erhoben, dann hätten die Austro-Marxisten vom Schlage Otto Bauers keine Veranlassung zum Protest gehabt. Aber diese schwere Anklage gegen die ganze II. Internationale zu erheben, das ist Otto Bauer und seinen Gesinnungsfreunden zu viel. Dagegen erhebt er gehärschten Protest. Derselbe Artikel weist darauf hin, daß auf dem Marsellier Kongreß der II. Internationale, also bereits im Jahre 1925, der Antrag gestellt wurde: „Wenn Umstände in Rußland ausbrechen, sei es Pflicht der sozialistischen Parteien, sich an ihre Spitze zu stellen.“ Ein Mann von so hoher Autorität wie Karl Kautsky unterstützte diese Auffassung, aber die Menschewiki waren nur für die friedliche Demokratisierung eingetreten.“ Otto Bauer rückt hier von Kautsky ab und solidarisiert sich mit den „friedlichen“ Menschewiki, die aber für ein und dieselbe Sache nur einen anderen Ausdruck gebrauchen.

Dieselbe „Arbeiter-Zeitung“, die hier von Kautsky abrickt, bezeichnet denselben Kautsky, der heute mehr denn je für den Umsturz der Sowjetunion eintritt und dieser Frage ein ganzes Buch: „Der Bolschewismus in der Sackgasse“ — gewidmet hat, als „unseren alten Lehrmeister, den wir alle verehren“.

Welches ist das Ziel, das sich der „alte Lehrmeister der II. Internationale“ gestellt hat. In seinem Buche, in dem er offen und eindringlich die Intervention gegen die Sowjetunion fordert, schreibt er über das Ziel, das durch den Sturz der Sowjetmacht erreicht werden soll, in folgenden Sätzen:

„Das bedeutet (die Demokratisierung der Sowjetunion, DV.) in ständiger Wechselwirkung auch stete Vermehrung der russischen Kaufkraft auf dem Weltmarkte. Damit wird ein Prozeß eingeleitet, der endlich zur Überwindung der furchtbaren Krise führen kann, die augenblicklich auf allen modernen Industriestaaten lastet.“

Hier verflucht Kautsky mit derselben Offenheit, wie er die Intervention fordert, eine Theorie, die auch die Kapitalisten verteidigen, die die Sowjetunion als die Hauptursache der Weltwirtschaftskrise bezeichnen. Kautsky fordert also den Sturz der Sowjetmacht und die Vernichtung der aufblühenden Sowjetwirtschaft, damit die räuberischen Kapitalisten neue Profite machen können.

Die rechten und „linken“ Sozialdemokraten, die Vandervelde, Blum, Wels, wie auch die Bauer, Seydewitz und Rosenfeld, wissen mit Kautsky, daß die Intervention der imperialistischen Mächte zur Aufrichtung einer Militärdiktatur, zum weißen Terror, zur Ausrottung aller aktiven Elemente des russischen Proletariats führen muß. Ihre Forderung, mag sie gestellt sein, wie es Kautsky tut, offen und zynisch, als Intervention, oder wie es die „Linken“ tun, als „Demokratisierung“ läuft praktisch auf die Unterstützung der Pläne des Weltimperialismus hinaus.

So wie die Tätigkeit der Gromann, Rubin, Scher und Konsorten ein Bestandteil der allgemeinen Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durch die imperialistischen Mächte war, so ist die gesteigerte Hetz- und Verleumdungskampagne der sozialdemokratischen Presse, die Einheitsfront der Vandervelde, Blum, Adler, Bauer, Wels, Hilferding und Konsorten mit den Dan und Abramowitsch, wie auch die gesamte Politik der II. Internationale gegenüber der Sowjetunion, einer der wichtigsten Bestandteile der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion!

„Linke“ Phrasen und konterrevolutionäre Netze

In den letzten Monaten treten in der öffentlichen Diskussion in den kapitalistischen Ländern immer mehr zwei Hauptprobleme in den Vordergrund. Das eine ist die Frage der Weltwirtschaftskrise, das andere die Frage des Fünfjahresplanes. Die internationale Bourgeoisie, die bisher glaubte, mit einer Handbewegung den Fünfjahrplan erledigen zu können, ist durch die ungehörigen Erfolge im Verlauf des dritten, des entscheidenden Jahres, erzweunen, sich ernsthaft mit diesem Problem und seinen Rückwirkungen auf die kapitalistische Welt zu beschäftigen. Sie beginnt zu spüren, daß der Sieg des Fünfjahresplanes in doppelter Hinsicht zu wirken beginnt. Einerseits tritt die Sowjetwirtschaft mit immer größerem Erfolg den kapitalistischen Ländern auf dem Weltmarkt entgegen, unbeschadet aller Sabotage und Hetzkampagnen, andererseits wirkt der Sieg der sozialistischen Planwirtschaft revolutionierend auf die werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern und löst eine immer breitere Schichten erfassende Sympathiebewegung aus.

Angesichts der fortschreitenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die alle Länder der Welt, mit einer einzigen Ausnahme — die Sowjetunion — erfährt hat, versucht die internationale Bourgeoisie durch neue Manöver, eine neue Chance im Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Die internationale Bourgeoisie, der das Wasser bis an die Kehle steht, versucht jetzt, auf dem Wege der Verhandlungen mit der Sowjetunion Geschäfte zu machen und gleichzeitig eine neue Atempause zu gewinnen. Die Friedensbeteuerungen ihrer Wortführer, wie wir sie erst

jetzt wieder in Genf durch den Mund der ehrenwerten Herren Henderson und Briand gehört haben, sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurden. Die Todfeindschaft der kapitalistischen Wirtschaftsbildung gegen die Sowjetunion, das Land des siegreichen Sozialismus, ist nicht ausbleiblich. Die Arbeitermassen, die fabelhaft Zeuge der unerhörten Hetze und der schamlosen Verleumdungen gegen die Sowjetunion waren, werden sich durch dieses „Einschwenken in die Linie der Verständigung“ — so wie sie die Kapitalisten auffassen — nicht betören und betrügen lassen.

Sie werden sich auch nicht betören und betrügen lassen durch die Manöver der internationalen Sozialdemokratie, die unter dem ständig wachsenden Drucke der Sympathie- und Solidaritätsbewegung der werktätigen Massen der ganzen Welt gezwungen ist, dem Beispiel der internationalen Bourgeoisie zu folgen, wobei zwischen Rechten und „Linken“ ein abgekartetes Zusammenspiel durchgeführt wird.

Das Linksmanöver der tschechoslowakischen PSD.

Die kriegerische Aktivität der tschechoslowakischen Sozialfaschisten, die bereits in ihrer Stellungnahme zur Frage der militärischen Aufrüstung im Parlament zum Ausdruck kam, wobei der sozialdemokratische Abgeordnete Srba das Wort von der „Gefahr vom Osten“ prägte, beherrscht auch den sozialdemokratischen Parteilag der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. In ihren Kundgebungen trieben die Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bisher die gehässigste Antisowjethetze. Die Grundeinstellung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie zur Sowjetunion brachte Soukup in seiner Rede auf dem Parteilag zum Ausdruck, in der er erklärte: „Wir glauben an den kommenden und feierlichen Augenblick, wo sich die Tore Rußlands öffnen werden, wie sich auch die Tore Europas vor den Russen öffnen werden.“ Diese Bemerkung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie die Eröberung der Sowjetunion durch den kapitalistischen Westen als einen „feierlichen Augenblick“ betrachtet. Wenn in letzter Zeit die sozialdemokratische Presse in der Tschechoslowakei ihre Antisowjethetze etwas abgeschwächt hat, so ist das nicht auf eine grundsätzliche Schwenkung in der Einstellung zurückzuführen, sondern allein die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise der Bourgeoisie der Tschechoslowakei zwingt, die Frage der Anerkennung der Sowjetunion auf die Tagesordnung zu stellen.

Die Vaterlandsverteidigung auf dem Parteilag der französischen Sozialdemokratie.

Auf dem Parteilag der französischen Sozialdemokratie in Tours stand in diesem Jahr die Frage der Vaterlandsverteidigung im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Stellungnahme des französischen sozialdemokratischen Parteilages zu dieser Frage ist zugleich der Schlüssel zur Frage der Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Auf dem Parteilag forderten die Rechten unter Führung von Boncour mit aller Entschiedenheit, daß die Partei endgültig auf solche demagogischen Formeln, wie z. B. „weder einen Soldaten noch einen Pfennig für Vaterlandsverteidigung“ verzichten solle, da solche Formulierungen nur dazu geeignet wären, die Wählerfolge der Partei abzuschwächen und die Lage der Sozialdemokratie im Falle eines Eintritts in die Regierung zu erschweren.

Die ehemalige „Linke“, unter Führung von Paul Faure und Zyromski, die mittlerweile Zentristen geworden sind, pflichtete dieser Meinung bei und ließ ihren ursprünglichen Antrag mit der von Boncour kritisierten Lösung fallen. Aber die Bildung zweier neuer Fraktionen, einer linken und einer extremlinken, störte den Anschluß der Zentristen an die Rechten. Eine von diesen Fraktionen griff auf den Beschluß des Stuttgarter

Internationalen Kongresses zurück und forderte die Verwandlung des Imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Um die Annahme dieser Resolution zu verhindern, nahm Paul Faure die von Boncour kritisierte und von ihm bereits fallen gelassene Lösung „weder einen Soldaten noch einen Pfennig“ wieder in seine Resolution auf, die dann bei der Abstimmung die Mehrheit erhielt.

Dieses Manöver hatte den Zweck, der Parteimitgliedschaft glaubhaft zu machen, daß sich die Partei den materiellen Kriegsvorbereitungen der französischen Imperialisten, die in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet sind, nicht anschleibe, — aber auch, um die gleicher Zeit in den ersten Reihen an der ideologischen Vorbereitung des Angriffs gegen die Sowjetunion teilnehmen und die Annahme eines Bündnis, deren Hauptaufgabe die Organisierung der europäischen Angriffsfront gegen die Sowjetunion ist, vorbehaltlos verteidigen zu können.

Von besonderer Bedeutung war auf diesem Parteilag die Erklärung Léon Blums auf die Angriffe der sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten gegen die antisowjetistische Hetzkampagne des Auslandsredakteurs des „Populaire“, Rosenfeld. Léon Blum erklärte mit erheblicher Stimme: „Rosenfeld, das bin ich. Jedes Wort, das von Rosenfeld geschrieben wurde, wird von mir gebilligt. Es gibt keinen Artikel zur Sowjetunion im „Populaire“, den ich nicht vorher gelesen habe.“ Diese Erklärung Léon Blums enthielt die tatsächliche Stellungnahme der französischen Sozialdemokratie zur Frage der Vaterlandsverteidigung und zur Frage der Sowjetunion. Die ausdrückliche Solidarisierung Léon Blums mit Rosenfeld zeigt, daß die Führung der französischen Sozialdemokratie offen und unzweideutig auf die Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion steuert und gemeinsame Sache mit dem französischen Imperialismus macht.

Die Interventionsfrage auf dem Parteilag der PPS.

Der Parteilag der Sozialdemokratie Polens stand im Zeichen einer verschärften Hetze gegen die Sowjetunion. Derselbe Tschapinski erklärte, daß die PPS, kategorisch gegen jede Idee der bewaffneten Intervention sei, schreibt in seinem Bericht an den Parteilag: „Der Aufbau der Industrie ist nicht der Aufbau des Sozialismus, um so mehr, als der Bürger Sowjetrußlands diesen Aufbau durch Hunger und Sklaverei bezahlen.“ An einer anderen Stelle desselben Berichtes heißt es:

„Das Proletariat Sowjetrußlands produziert dafür, daß die Regierung die Produkte zu geringem Preis exportiert, die dazu gezwungen ist durch die Notwendigkeit, ausländische Valuta zum Ankauf der für die Sowjetindustrie notwendigen Maschinen einzulösen. Eine solche ökonomisch-industrielle Politik hat nichts mit dem Aufbau des Sozialismus gemein.“

In derselben Linie schreibt Nedsiakowski, einer der führenden „Ideologen“ der PPS: „Den Fünfjahresplan dem sozialistischen Aufbau gleichzusetzen ist Unsin.“ Und der linke oppositionelle Führer Zilokosch erklärte auf dem Parteilag, daß die Periode der Koalition von 1919/1920 die vollste Sanktionierung verwaiften Übertritts auf die Sowjetunion bedeutet die Billigung dieser Koalition durch die linken Oppositionellen. Die Billigung der verbrecherischen Teilnahme der Sozialdemokratie an der imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion. Diese Erklärung ist zugleich ein Hinweis für die Haltung der polnischen Sozialdemokratie im Falle einer neuen imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion.

Von Bauer zu Adler.

Für das verlogene Doppelspiel der österreichischen Sozialdemokratie in der Frage der Intervention legen Otto Bauer und Friedrich Adler beredetes Zeugnis ab. Otto Bauer veröffentlichte vor kurzem in der „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Brief an einen Genossen, der an der Richtigkeit der Politik der Sozialdemokratie zweifelt geworden war. In diesem Brief verteidigt Otto Bauer die „Kritik“ an der Sowjetunion mit folgenden Sätzen:

„Aber, Kamerad, wenn Du aus dieser Hoffnung nun den Schluß ziehst, wir sollten Rußland nicht „kritisieren“ und am Bolschewismus nichts tadeln, so irrst Du. Marx und Engels haben die Pariser Kommune von 1871, den großen Aufstand der Pariser Arbeiter gegen die kapitalistische Welt, leidenschaftlich verteidigt ... und trotzdem kritisiert.“ („Wiener Arbeiterzeitung“ vom 31. Mai 1931.)

Aus dieser Parallele Bauers zwischen der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Sowjetunion und der Stellungnahme Marx und Engels zur Pariser Kommune, könnte der Schluß gezogen werden, daß die Sozialdemokratie ebenfalls eine „leidenschaftliche Verteidigerin“ der Sowjetunion sei, und wenn schon nicht die gesamte Partei, so doch einige ihrer Führer. Ein Blick in dieselbe Arbeiterzeitung aber genügt, um uns zu überzeugen, daß diese ebenso wie der Berliner „Vorwärts“ und der Pariser „Populaire“, voll von verlogenen Hetzmeldungen über die Sowjetunion ist.

Das „linke Gesicht“ Otto Bauers ist zu den Arbeitern gerichtet, die immer mehr erkennen, daß die Sowjetunion ihr Vaterland ist, das sie verteidigen müssen. Die Kehrseite der Medaille aber finden wir bei Friedrich Adler, dem politischen Freund

und Gesinnungsgenossen Otto Bauers, der zugleich Sekretär der II. Internationale ist. Herr Friedrich Adler wirft sich zum Schutzherrn der Gromann, Rubin und ihrer Hintermänner, der Dan und Abramowitsch auf und erklärt: „Deren Schädlingsarbeit kann unwissenden Leuten von Demagogen als Entschuldigung für den Hunger, für die Desorganisation des Verkehrs und für das Verzagen der Volkswirtschaft in Sowjetrußland eingeredet werden ...“ („Kampf“, 1931, Heft 4, S. 147). Ist das, was Friedrich Adler hier schreibt, eine „leidenschaftliche“ Verteidigung der Sowjetunion, ist es eine loyale „Kritik“ oder eine der üblichen Verleumdungen, wie wir sie in der gesamten internationalen Presse der Sozialdemokratie finden. Das festzustellen überlassen wir unseren Lesern.

Aber das genügt noch nicht. Angesichts der entlarvenden verbrecherischen Interventionspläne und der offenen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion schreibt Herr Friedrich Adler:

„Wir müssen befürchten, daß sie (die Moskauer Machthaber, DV.) wenn sie einmal einen revolutionären Krieg für notwendig halten, die alten Tricks aller

Kriegsstifter, sich zunächst als die Angezweifelnsten auszuspielen, auch verwenden werden.“ („Kampf“, S. 154.)

Das Gesicht Otto Bauers und das Gesicht Friedrich Adlers, das ist das Gesicht der II. Internationale, hinter der „linken“ Larve von Otto Bauer zirst die konterrevolutionäre Fratze Friedrich Adlers, der II. Internationale misamt der Sozialdemokratie Oesterreichs, misamt Otto Bauers.

Mit dieser Behauptung stellt sich Herr Friedrich Adler, der Sekretär der II. Internationale, in eine Front mit den Wortführern der weißgardistischen Söldnerarmeen und des französischen Imperialismus. Herr Poincaré könnte im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion nicht besser formulieren,

Das Spiel mit den verteilten Rollen auf dem Leipziger Parteitag.

Der Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird in der Geschichte des sozialdemokratischen Arbeiterverbands als der Panzer-Tarnow-, Breitscheid-, Crispin- und Konsorten endgültig den Unterwerfungspakt mit der deutschen Bourgeoisie gegen die Revolution abgeschlossen. Und die „Linken“, diese Helden ohne Heldennut, sind über einen jämmerlichen, kraftlosen Protest nicht hinausgekommen. Als der ehemalige Berliner Stadtkommandant Wels, an dessen Händen das Blut Händertter revolutionärer Arbeiter klebt, mit dem Ausschlaggelegen gegen die Seydewitz und Rosenfeld, Strobel und Eckstein drohte, da krochen sie jämmerlich zu Kreuze und verrieten die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitermassen.

Auf diesem Panzerkreuzer-Parteitag trat erneut die Todfeindschaft der Führer der deutschen Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion offen zutage. Wels gab bereits in der Eröffnungsrede das Stichwort. Er begann mit einer schneehellen Anzahlung von 120 Millionen Menschen in der Sowjetunion in den allgemeinen Wirtschaftsprüfungsausschuss des Reiches, die sich aus dem Widerspruch des Systems bereits entwickelt hätten, seien schon ein Kampf um die politische Macht zwischen den Kommunisten und den Großbauern. Wenn der industrielle Teil des Fünfjahresplanes müllige, dann sei es auch Bauer habe sein Land gegen die Weißgardisten, gegen Wrangel und Koltischak verteidigt. Heute verteidige er sein Land gegen die Kommunisten ... Dann fuhr Wels fort:

„Aber auch ein Arbeiterstaat ist die Sowjetunion in keiner Hinsicht. Der Arbeiterstaat Rußland ist nur noch ein Märchen für gläubige Kinder. Der russische Arbeiter ist gar kein Proletarier, sondern nur ein Bauer in der blauen Bluse, ohne jede politische und soziale Schulung ... Tatsächlich dient die rote Fahne in Rußland nur dazu, die kapitalistische Wirtschaft als Staatskapitalismus auf Kosten der Arbeiter in Rußland zu entwickeln. Kommunismus ist Kapitalismus und nicht Sozialismus.“

Das war das Fazit. In dem Wels seine Betrachtungen über die Sowjetunion zusammenfaßte, um dann fortzuführen: „Bolschewismus und Faschismus basieren beide auf der Diktatur. Sie mögen sich noch so radikal Lehren aus der russischen Entwicklung, daß ohne Demokratie der Sozialismus unmöglich sei.“

Das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, in den Ländern der von Wels geleiteten Demokratie erfährt täglich und stündlich die Segnungen dieser Demokratie am eigenen Leibe. Wir brauchen die Sowjetunion gegen die Verleumdungen und Verdächtigungen des Herrn Wels nicht zu verteidigen. T a r n o w, der Hauptreferent des Parteilages, wiederholte im wesentlichen die Wels'schen Angriffe und Verleumdungen, nur mit dem Unterschiede, daß er sie in ein theoretisches Gewand zu kleiden versuchte.

Noch offener aber sprach Herr Crispian, der sich immer mehr zum Spezialisten für Sowjetverleumdungen entwickelt. Auf die Bemerkung des „Linken“ Engelbert Graf, die Sozialdemokratie müsse sich zum Problem Sowjetrußland viel sachlicher und viel weniger pharisäerhaft einstellen, antwortete Crispian:

„In der Stellungnahme zu Sowjetrußland habe ich bei Graf nicht nur die Solidarität für unsere russischen Parteigenossen (die Abramowitsch und Dan, DV), sondern die internationale Solidarität überhaupt vermißt. Ich kann es nicht verstehen, wie ein Sozialdemokrat nicht hochgeht, wenn er daran denkt, auf wessen Kosten die Experimente in Rußland gemacht werden. Ist für uns, wie in Rußland, der Mensch wirklich nur Nebensache, nur Objekt der Machtpolitik einer Führerclique von unerhörter Brutalität, dann hat der Sozialismus seinen Sinn verloren...“

Crispien's niedertrüchtige Verleumdungen wurden von der Mehrheit der Delegierten „stürmisch begrüßt“, während die auf den Tribünen anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter in den schärfsten Worten dagegen protestierten. Die Sprecher der „Linken“ haben sich angesichts der Proteste der sozialdemokratischen Arbeiter auf der Parteitagstrübe und angesichts der wachsenden Sympathiebewegung in den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung für die Sowjetunion in dieser Frage gezwungen, so inkonsequent und oft antibolschewistisch sie auch sprachen, die großen Erfolge des Fünfjahresplanes zu bestätigen.

Diese Tatsache aber bedeutet nicht die Bereitschaft der „Linken“ vom Schlag der Seydewitz, Rosentfeld und Konsorten, im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion die sozialdemokratischen Arbeiter zur Verteidigung aufzurufen. Sie ist eines der „linken“ Manöver, die von diesen Leuten gemacht werden, um — wir zitieren Seydewitz — „die Massen bei der Stange — womit die sozialdemokratische Partei gemeint ist — zu halten.“

Für die Wels, Crispian und die Seydewitz-Rosentfeld gilt dasselbe, was wir von Otto Bauer und Friedrich Adler, von Léon Blum und Paul Faure gesagt haben.

Sie alle sind, ob sie als offene Gegner oder in der Maske des Freundes der Sowjetunion auftreten, in Wirklichkeit Todfeinde der Sowjetunion, Todfeinde der proletarischen Diktatur!

Ueberführte Hochverräter am Sozialismus

Wir haben gegen die Führer der II. Internationale, gegen die Abramowitsch, Dan, gegen die Vanderveelde, Blum, Bauer, Adler, gegen die Wels, Hilferding, Crispian und Konsorten die schwere Anklage gerichtet, daß sie Hochverräter am Sozialismus sind.

Wir haben an historischen Tatsachen den Nachweis erbracht, daß die russischen Menschewiki, die polnischen Menschewiki, die deutsche Sozialdemokratie und mit ihnen die gesamte II. Internationale die erste imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion aktiv unterstützt haben und damit vor dem Weltproletariat die Verantwortung für die Ermordung

tausender und abertausender revolutionärer Kämpfer im Lande der proletarischen Diktatur in ihrer ganzen Größe tragen. Wir haben anhand von Tatsachen und Dokumenten nachgewiesen, daß sich die russischen Menschewiki mit den weißgardistischen Konterrevolutionen verbündeten und gemeinsam mit den konterrevolutionären Sünderbanden den Kampf gegen den Bolschewismus führten.

Der Prozeß gegen die Menschewiki hat bewiesen, daß die Menschewiki und mit ihnen die gesamte II. Internationale nach der Niederlage der weißgardistischen Konterrevolution gemeinsame Sache mit dem Weltimperialismus machten, um die Sowjetmacht zu stützen. Sie organisierten Sabotageakte gegen den sozialistischen Aufbau und die Durchführung des Fünfjahresplanes. Der Prozeß brachte den Beweis dafür, daß die II. Internationale nicht nur in enger Verbindung mit diesen Verbrechern und Hochverrättern am Sozialismus gestanden hat und heute noch steht, sondern auch durch finanzielle Mittel ihrer Sabotagearbeit aktiv unterstützt.

Wir haben durch Dokumente der Nachweis erbracht, daß die Führer der II. Internationale bewußt und planmäßig auf eine neue Intervention gegen die Sowjetunion hinarbeiten, daß sie in einer Front mit den imperialistischen Räubern gegen die Sowjetunion stehen.

Die Führer der II. Internationale können diese Beweise nicht aus der Welt schaffen. Tatsachen reden eine harte Sprache. Trotzdem werfen die Vanderveelde, Blum, Bauer, Wels, Hilferding und Konsorten in die Brust, erheben „feierlichen Protest“ und bestreiten jede Schuld.

Sie leugnen die Interventionsgefahr — sie behaupten aber gleichzeitig, daß sie wie bisher gegen jede Intervention kämpfen werden. Wenn es keine Interventionsgefahr gibt, warum dann diese Beteuerung!

Es gibt keine Interventionsgefahr, schreibt die gesamte sozialdemokratische Presse. Aber der russische Menschewik Abramowitsch beschuldigt den georgischen Menschewik Dshordanja der interventionistischen Betätigung. Beide sind Mitglieder der Exekutive der II. Internationale.

Ja, es gibt doch eine Kriegsgefahr, aber die kommt nicht aus dem imperialistischen Westen Europas, sondern aus dem proletarischen Osten.

Nicht der Weltimperialismus, sondern die Sowjetunion ist die Kriegsgefahr, schreien die erdarrten und entarrten Interventionisten im Lager der II. Internationale.

„Der russische Sowjet-Imperialismus, der eine ganze Menge der nicht-russischen Völker, von denen die meisten ihrer Kultur nach dem russischen nicht nachstehen, entrechtet und vergewaltigt, ist außerdem bestrebt, seinen Herrschaftsbereich womöglich weiter auszubreiten bzw. zwischen anderen Ländern den Brand anzustecken. Das ist die größte Kriegsgefahr!“

— So schreit der „Vorwärts“. Und die „linke“ sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung“ sekundiert ihn und schreibt, indem sie einen Vergleich zwischen Rumänien und Jugoslawien zieht und zu „erklären“ versucht, warum Rumänien einer Königsdiktatur zueuert:

„Beide (Rumänien und Jugoslawien. D. V.) sind Militärstaaten. In denen die Armee große Bedeutung hat, denn beide fühlen sich ständig von äußeren Feinden bedroht. Lautet das faschistische Italien auf Dalmatien, so droht auf dem Nordufer des Dniestr das bolschewistische Rußland mit dem Einbruch in Bessarabien.“

Das ist die Sprache des französischen Imperialismus! Das ist das wahre Gesicht der Angeklagten, der Dan und Abramowitsch, der Vandervelde, Blum, Bauer und Adler, der Wels, Crispian, Hillerding und Seydewitz . . .

Der Urteilsspruch des proletarischen Gerichtshofes in Moskau über die Schädlinge und Saboteure ist zugleich der Urteilsspruch über die Führer der II. Internationale. In dem Schicksal des russischen Menschewismus, der vom russischen Proletariat verurteilt und vom Weltproletariat verachtet, ist das Schicksal der Weltsozialdemokratie vorgezeichnet. Die Kraft der Sozialdemokratie ist die Kraft der Bourgeoisie. Wo diese durch die siegreiche Arbeiterklasse gebrochen wird, da hat auch für die Bourgeoisie und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung die letzte Stunde geschlagen.

Die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder, die hoffnungsvoll die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion verfolgen, die den Sieg des Fünftahrtanes begeistert begrüßen und die bereit sind, die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland aller Werktätigen zu schützen, müssen in voller Klarheit erkennen, daß dem Lande des sozialistischen Aufbaues nicht nur durch die kapitalistischen Räuber, sondern auch durch die internationale Sozialdemokratie die auf Gedeih und Verderb mit der internationalen Bourgeoisie verbunden ist, die größte Gefahr droht!

Sie müssen erkennen, daß der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion eine akute, reale Gefahr ist, die nicht nur die werktätigen Massen der Sowjetunion, sondern das gesamte Weltproletariat aufs äußerste bedroht.

Der Prozeß in Moskau hat das Todesurteil über den Menschewismus gefällt! Das Todesurteil über den Menschewismus ist zugleich das Todesurteil über die II. Internationale, die Weltsozialdemokratie. Das revolutionäre Proletariat muß es vollstrecken!

Auf die verschärfte Hetze gegen die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, auf die gesteigerten Kriegsrüstungen auf das Kampfbündnis der internationalen Sozialdemokratie mit der internationalen Bourgeoisie muß das Weltproletariat mit der Formierung einer eisernen revolutionären Kampffront zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Organisation des siegreichen Weltkubers antworten!

Wer sich über die Sowjetunion unterrichten will, liest:

Zum Fünfjahrplan:

W. Molotow:

Vorsitzender
des Rates der
Volkskommissare
der UdSSR.

Der Fünfjahrplan siegt

Die Broschüre enthält das neueste Material über die Fortschritte des sozialistischen Aufbaus. Aus dem Inhalt: Die Vertiefung der Weltkrise. Vorbereitung der Intervention. Die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Ländern. Der Kampf um den Fünfjahrplan: Die Ergebnisse in den ersten zwei Jahren. Das laufende Jahr. 72 Seiten 20 Pfennig

Ueber den Prozeß gegen die Menschewiki:

Du mußt es wissen

Dem Leser wird in dieser Broschüre Gelegenheit geboten, sich auf Grund der Aussagen der Angeklagten ein Urteil über die Schädigungsarbeit der Angeklagten und die Beteiligung der Menschewiki und der II. Internationale an den Interventionsbestrebungen zu bilden. Den lägehaften Behauptungen der Abramowitsch, Vandervelde u. a. werden die Aussagen der Angeklagten entgegengestellt, so daß die Broschüre ein ausgezeichnetes Informationsmaterial für jeden politisch Interessierten darstellt. 32 Seiten 10 Pfennig

Material über die Hetzkampagne gegen die UdSSR.

Zwangsarbeit in der Sowjetunion?

Die verlogene Hetze gegen das angebliche „Sowjetdumping“ ist eine Ausgeburt des absterbenden Kapitalismus. Amerika zeigte sich besonders erfindereich in seiner Absicht, den internationalen Boykott gegen die UdSSR, einzuleiten, indem es das amtliche Märchen von der „Zwangsarbeit in der Sowjetunion“ aufbrachte. Diese Broschüre weist nach, daß der sozialistische Wettbewerb der russischen Arbeiter für das Gelingen des Fünfjahrplans alles andere als Zwangsarbeit ist. 32 Seiten 10 Pfennig



VERLAG CARL HOYM NACHF., HAMBURG/BERLIN